

## Titeldaten

**Titel:** Hamburger Volkszeitung: *kommunistische Tageszeitung für Hamburg und Umgebung*  
**Datum:** Dienstag, den 21. Oktober 1919  
**Band:** 2  
**Ausgabe:** 245, 21.10.1919  
**Standort:** Staatsarchiv Hamburg, Bibliothek  
**Signatur:** n.n.

**PURL:** [https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1751872033\\_19191021](https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1751872033_19191021)

## Rechtehinweis

### Urheberrechtsschutz nicht bewertet.

Der Urheberrechtsschutz und sonstige Rechtsstatus des Objekts wurde nicht bewertet. Bitte prüfen Sie selbst, ob das Objekt urheberrechtlich geschützt ist und verwenden Sie es in diesem Fall nur im Rahmen gesetzlicher Erlaubnisse oder mit Zustimmung der Urheberin bzw. des Urhebers, falls dieses in Betracht kommt.



<https://rightsstatements.org/vocab/CNE/1.0/>

### Ergänzender Hinweis

Möglicherweise benötigen Sie zusätzliche Erlaubnisse für die beabsichtigte Nutzung. Zum Beispiel, weil Persönlichkeitsrechte abgebildeter Personen zu beachten sind.

## Nachnutzung

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

| *Original und digitale Bereitstellung: Standort + Signatur + PURL*

Bei der Weiterverwendung unserer Digitalisate freuen wir uns über eine kurze Mitteilung mit den bibliographischen Angaben und nach Möglichkeit auch über ein Belegexemplar der Publikation.

## Kontakt

Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg  
- Carl von Ossietzky -  
Von-Melle-Park 3  
20146 Hamburg

[digitalisierung@sub.uni-hamburg.de](mailto:digitalisierung@sub.uni-hamburg.de)  
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

VOLKS-ZEITUNG

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Schriftleitung: Friedenstraße 2, Telefon: Nordsee 2804.

Expedition: Friedenstraße 4, Telefon: Alster 3518, R. 2.

Stadt-Expedition: Fehlandstraße 43, Telefon: Hansa 1233.

Verantwortlich für den Inhalt: Karl Perbs; für Anzeigen: Joh. Wölter; Verlag: Hamburger Volks-Zeitung, e. G. m. b. H.

Die „Hamburger Volks-Zeitung“ erscheint täglich, außer Sonntags. Bezugspreis: durch die Aussträger montl. M. 3, wöchl. 75 Pf., durch die Post montl. M. 2.85.

Dienstag, den 21. Oktober 1919.

Anzeigen die siebengespartene Beitzteile oder deren Raum 1.35 Wk., Arbeitsmarkt, Vermietungs- u. Familienanzeigen 90 Pfg. Schluß der Anzeigenannahme 10 Uhr.

Eine Niederlage 'Judenitsch'.

So schnell, wie sich die Bourgeoisie denkt und wünscht, geht es mit der Niederwerfung Sowjetrußlands doch nicht vor sich. Nicht nur, daß Petersburg und Kronstadt bis jetzt noch nicht gefallen sind, was sich jetzt auch das Wiener Korrespondenzbüro aus Moskau bestätigt lassen muß, ist auch General Judenitsch nach einem von der Zeitung „Prisym“ veröffentlichten Heeresbericht vom 20. Oktober

von überlegenen bolschewistischen Kräften bei Lgowo geschlagen und weiter bis Gatschina zurückgedrängt worden.

Auch bei Pleskau ist die Offensive der weißen Garden aufgehalten worden.

Mögen diesem Sieg unserer mit bitterer Verzweiflung kämpfenden russischen Brüder recht bald noch viele andere folgen.

Ein Protestaufruf der U. S. P.

Berlin, 21. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Die Zentralleitung und Fraktion der U. S. P. veröffentlichten einen Aufruf, der sich mit der internationalen Verschwörung des Kapitals gegen Sowjetrußland beschäftigt. Er weist auf die wiederholt behauptete Friedensbereitschaft der Sowjet-Republik hin. Damit wäre die Bahn frei gemacht für einen Gesamtfrieden im Osten. Dieser Friede wäre jedoch nur möglich, wenn das internationale Proletariat den stärksten Druck auf die Regierungen ausübe. Jede Unterstützung der russischen Gegenrevolution müsse verhindert werden. Das deutsche Proletariat habe dabei eine besondere Aufgabe zu erfüllen. Sein Kampf gegen die Außenpolitik der Weltmächte sei zugleich ein Kampf gegen die deutsche Gegenrevolution, die im Osten erstarkt.

Der Aufruf brandmarkt sodann die Pläne der deutschen Militaristen und Imperialisten, wie die gegenrevolutionären Maßnahmen der Entente-Regierungen. Er erhebt Anklage gegen die Verbrechen, die von den deutschen Militaristen im Osten verübt wurden. Ebenso protestiert er gegen die Interventionspolitik der Entente. Diese Politik sei ein Verbrechen an den Völkern Rußlands und an der Zukunft der Welt. Von der deutschen Regierung verlangt der Aufruf, daß sie endlich mit wirksamen Taten eine klare, ehrliche Stellung in der Ostpolitik einnehme. Die Aufforderung der Entente, an der Blockade Rußlands teilzunehmen, sei abzulehnen. Zugleich hätte die Regierung ihre Bereitwilligkeit zu erklären, unverzüglich die diplomatischen Beziehungen und den wirtschaftlichen Verkehr mit Sowjetrußland wieder aufzunehmen. Der internationalen Front des Kapitals gelte es die internationale Front des Proletariats entgegenzustellen.

Die Opposition im Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes.

Berlin, 21. Okt. (Eigener Drahtbericht.) In der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes kam nunmehr die Vorstandswahl zur Erörterung. Von neun Vorstandskandidaten beanspruchte die Opposition sechs, außerdem die beiden Redakteurposten. Als Kandidaten für den Vorstand schlägt die Opposition die Kollegen Brandes (Magdeburg) und Dismann (Frankfurt) vor. Als Sekretäre Lott (Berlin), Schlieftedt (Menscheid) und Sicker (Hamburg); als 2. Kassierer Schäfer (Leipzig) und als Redakteure Müller (Berlin) und Haase (Kiel). Auch die beiden Ausschußvorsitzenden sollen von der Opposition gestellt werden.

Weißer Mäuse.

Wir hatten schon gestern eine Schweizer Lilgenmeldung veröffentlicht, nach der von einem „Putz“ am 7. November die Rede war. Nun erzählt auch die „Neue Wiener Zeitung“ eine Wundermär, nach der an der deutsch-schweizerischen Grenze Kuriere aus Deutschland abgefaßt worden seien, die Briefe der deutschen U. S. P. an die Schweizer Gesinnungsgenossen brachten, in denen diese aufgefordert werden, am 17. November das Volk auf die Straße zu treiben und die Revolution zu entfesseln, da es am gleichen Tage auch in Deutschland losbrechen werde.

Etwas von der U. S. P. muß stets dabei sein, sonst kann keine Lilgenmeldung fliegen.

Haases Befinden sehr ernst.

Berlin, 21. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Gen. Haase hat die gestrige Operation verhältnismäßig gut überstanden. Bei der Öffnung der Wunde wurde viel Eiter entleert. Die Temperatur ging zurück. Das Allgemeinbefinden weist eine leichte Besserung auf, doch ist der Zustand nach wie vor ernst.

Die „Freiheit“ veröffentlicht eine Reihe von Teilnahmebedingungen für Haase. So von den führenden Männern der holländischen Partei, von der ukrainischen Parteileitung und von Branting, in dessen Telegramm es heißt: Die Unentbehrlichkeit für die deutsche Arbeiterklasse ist durch das Attentat nur stärker hervorgehoben.

Der Wiederaufbauminister.

Berlin, 21. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Der dritte Demokrat für die Regierung ist endlich gefunden. Nach einer telegraphischen Meldung der „Post, Abg.“ wird den Posten des Wiederaufbauministers der jetzige Oberbürgermeister von Nürnberg Dr. Gehler übergeben. Gehler war ursprünglich Gewerberichter, bis er zunächst Bürgermeister in Regensburg und dann 1914 als Stadthaupt nach Nürnberg gewählt wurde.

Die deutsche Baltikumnote nicht befriedigend.

Basel, 20. Okt. Die „Information“ meldet aus Paris: Die deutsche Antwortnote über das Baltikum ist am Sonnabend mittags in Versailles eingetroffen. Ihr Inhalt wird auch diesmal als nicht genügend angesehen. Der Große Rat der Alliierten wird weitere Beschlüsse über die deutsche Note fassen.

Aus Münchens weißen Schreckenstagen.

München, 20. Oktober. Morgen, Dienstag, haben sich vor dem hiesigen Gericht unter der Anklage des Totschlag gegen 21 Gesellenvereinsmitglieder ein Witzfeldweibel und drei Schützen des Freikorps zu verantworten.

Der Anklage liegt folgender Tatbestand zugrunde:

Im Vereinslokal des katholischen Gesellenvereins in München hatten sich 26 Mitglieder versammelt, die unter der Bezeichnung, sie seien Spartakisten, von einer aus den Angehörigen bestehenden Patrouille bis auf fünf niedergemacht wurden, nachdem sie vorher in größtlicher Weise mißhandelt worden waren. Den Befehl zum Einschreiten hat der Hauptmann von Al-Sutterheim gegeben. Der Offizierstellvertreter hat die Befehlsabgabe nicht nachgeprüft, sondern die Gefellenvereinsmitglieder verhaftet und abführen lassen. Unterwegs sollen sich dem Zug andere Soldaten angeschlossen haben (deren Name heute natürlich Gase ist. D. Red.), die die katholischen Gefellen mißhandelt und dann in einem als Gastlokal dienenden Keller unter den Gefangenen, die sich auf Befehl mit dem Gesicht nach unten niederlegen mußten, mit Schuß- und Siebweffenein fürchterliches Blutbad anrichteten.

Vierzehn der Verhafteten wurden getötet, sieben schwer oder minder schwer verletzt.

Am Schlußmorgen hat der Schütze Jakob Müller vom bayerischen Schützenkorps gewütet. Nachdem er seine Patronen verschossen und sein Seitengewehr stumm geschlagen hatte, entließ er dem Schützen noch das Seitengewehr und stach und hieb weiter auf die Gefangenen ein. Die Anklage lautet auf vorsätzliche Tötung, ohne jedoch die Tötung mit Ueberlegung ausgeführt zu haben. (!)

Die Rückkehr zur Vernunft.

E. Wgr. Trotz Revolution und freier Demokratie wird heute in Deutschland immer noch jeder als ein vaterlandsloser Geselle ohne nationale Würde hingestellt der es wagt, das Volk an seine Verpflichtungen gegenüber der nationalen Vernunft und der internationalen Anständigkeit zu erinnern.

Da die unabhängige Sozialdemokratie heute die einzige politische Partei ist, die dieses schlagende Gewissen darstellt, konzentrieren sich auf sie die gesamten Angriffe einer noch immer stark chauvinistisch verengten Prehmeute und sie wird wegen ihrer „Bauernschere“ vor der Entente und wegen ihrer „antinationalen Politik“ offen und hinreichend verdächtigt und beschuldigt, im Dienste des Ententekapitalismus zu stehen.

Bei diesen Verdächtigungsmanövern spielt natürlich die Logik eine herzlich schlechte Rolle. Menschen, die dazu raten, die Fehler einer Politik, die ein ganzes Volk in dieses Elend gestürzt haben, abzulegen und sich im Gegenteil Mühe zu geben, sich das Vertrauen der anderen Völker zu erwerben, werden als Hochverräter abgefeimelt, während monarchistische Offiziere mit den russischen „Heinden“ fraternisieren und konspirieren, ja sogar die ihnen unterstellten Truppen zum Uebertritt auffordern dürfen, ohne sich den Vorwurf der nationalen Würdelosigkeit zuzuziehen.

Aber für Logik hat die Reaktion nie viel übrig gehabt. So sieht sie in einer Verbrüderung der Sozialisten zwar ein Verbrechen, in einer internationalen Verbindung der Monarchisten und Royalisten aber ein höchst würdevolles und nationales Ziel. Da sie mit Hilfe verräterischer Sozialdemokraten an der bisherigen Politik festzuhalten sucht, muß sie natürlich in jedem Versuch, eine neue Grundlage für ein neues politisches Denken und Handeln zu schaffen, einen Hochverrat sehen. Jeder, der es wagt, diesen rückfälligen Manövern den Spiegel vorzuhalten, verdient darum nach ihren sich mit ihren Interessen bedeckten Ansichten an die Wand gestellt zu werden. Die preussische Reaktion hat noch immer in Deutschland die Führung. Durch nichts unterscheiden sich heute die Verhältnisse von den bisherigen und Mosk mit seinem schimmernden Lantam ist nichts anderes als eine tarlatunähnliche Fortsetzung des alten Systems.

Noch immer ist der Preuß in Deutschland vorherrschend und sein zänkischer, intoleranter Nüppelton gilt noch immer in der Welt als der des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit. War Preußen schon von jeher die inkarnierte Reaktion und dieser Krieg nichts als eine von den Preußen eingetrocknete Suppe, so ist auch die Revolution nur von dem preussischen Kommissariat niedergeknüpelt worden. Die Münchner Räteregierung wäre nicht gestürzt worden ohne das Eingreifen der preussischen Bataillone, ebenso wie auch heute die preussische Bestie die Junge lechzt nach der russischen Räteregierung.

Nur Preußen allein wird eini Sowjetrußland den Todesstoß versetzen.

Es sind preussische Offiziere, die im Kampf gegen das revolutionäre Proletariat eine wenig ehrenvolle Rolle spielen, preussische Offiziere sind es, die sich redliche Mühe geben, die Friedensbedingungen zu sabotieren und sich laut und offen zur Monarchie bekennen, monarchistische Demonstrationen veranstalten und durch allerlei nationalistische Experimente das Volk in einen neuen Krieg hineinziehen möchten.

Jeder, der es wirklich aufrichtig mit seinem Volke meint, muß gegen solche Machinationen protestieren und so laut als möglich auf die Treibereien der ewigen Unruhstifter und auf die schwerste Gefahr des Weltfriedens: das Preußentum hinweisen.

Solange sich das deutsche Volk von dem Preußentum bevormunden und immer und immer wieder von ihm ins Schlepptau nehmen läßt, wird es für dessen Fehler büßen müssen und im Ausland den Ruf behalten, der allem anhaftet, was den Mobergeruch preussischer Reaktion trägt.

In seiner großen Senatsrede, die Clemenceau über den Versailler Vertrag gehalten hat, spricht er es deutlich aus, daß an allem Unglück, das das deutsche Volk getroffen hat, nur das Preußentum schuld ist. Er spricht von dem Haß der deutschen Stammvölker gegen Preußen, der ganz besonders bei den Süddeutschen hervorragt. Man habe vor dem Krieg gesagt, daß die Bayern nicht mitmachen und erzählt, daß die Bayern Ketten seien und eine andere Schädelsbildung haben, und daß die Bayern die Preußen haßen. Trotzdem habe sich das deutsche Volk von Preußen ins Unglück locken lassen. Aber er hofft, daß sich das deutsche Volk nun endlich freimachen werde von der Vorberkschaft der preussischen Idee. Er gibt offen zu, nie daran zu den-

Nieder mit dem Belagerungsstand!

ten, Deutschland zu erobern, er will nur das deutsche Volk zur Vernunft und zum Frieden bekehren. Er kennt die Wünsche des Deutschen und das Unbegreifliche in seinem Charakter.

Es ist wahr, daß die Deutschen zurzeit in einer Lage sind, die es deutlich macht, daß sich doch manches von Grund auf bei ihnen verändert hat. Der Deutsche ist aber ein Mensch, dessen Geistesart ich nicht zu erklären vermag. Ich muß aufrichtig gestehen, daß ich ihn nicht begreife. Ja, ich glaube sogar, daß der französische Geist außerstande ist, den Deutschen zu begreifen, außer in einigen rein literarischen Werken, von denen ich hier nicht sprechen will, oder in den philosophischen Schriften, die übrigens, auch wenn sie ins Französische übersetzt sind, noch immer genügend unverständlich und verworren bleiben.

Sucht man den Deutschen im eigenen Hause auf, so ist er ein netter Mensch. Er ist liebenswürdig, er spricht Gebärden und Empfindungen aus, die jeder billigen muß; beim ersten Zusammentreffen mit einem Deutschen war mein Eindruck zunächst immer sehr angenehm. Nur gibt es Gespräche, die man nicht allzuweit führen darf, um nicht allzuweit vom Wege abzukommen.

Von den alten Sozialdemokraten spricht Clemenceau als von „ausgezeichneten und loyalen Menschen“.

Ich hatte die Ehre, den Vater Liebknecht zu kennen, der 1870 gegen die Annexion Elsaß-Lothringens protestierte und deshalb ins Gefängnis gehen mußte. Zehn Jahre war er ein Mitarbeiter meiner Zeitung; ich empfand für ihn die höchste Achtung und die aufrichtigste Freundschaft. Ich bin der Meinung, daß sein Sobri verfehlt hat, den gleichen Weg wie sein Vater zu gehen. Dessen ungeachtet aber bleibt es war, daß die deutschen Sozialdemokraten die Kriegskredite bewilligt haben, während unsere Sozialisten aus einer Ueberzeugung heraus, die ich hier nicht tabeln will, sich der Abstimmung enthielten; sie glaubten wohl, ihr Beispiel könne die deutschen Gesinnungsgenossen veranlassen, dem französischen Beispiel zu folgen. Das war eine Illusion, wenn auch eine schöne! Aber sie betruhl doch, wie groß die Aufrichtigkeit und das Vertrauen der Männer war, an deren Verhalten ich in diesem Augenblick keine Kritik üben möchte.

Jetzt sind die deutschen Sozialdemokraten Erzellenzen; wenigstens las ich vor gestern in einer Zeitung, daß einem unter ihnen dieser Titel verliehen wurde. Sie sind mit der Militärpartei eng verbunden; sie haben die Herrschaft in Deutschland. Ob die Sozialisten auch Lust verspüren, sich dem Militarismus zu verschreiben, weiß ich nicht. Das aber weiß ich ganz sicher, daß die Militärs von der Sozialdemokratie nichts wissen wollen.

Clemenceau weiß auch, daß die jetzige Staatsform sich nur in Deutschland halten kann, weil die Sozialdemokraten sich dem preussischen Militarismus unterworfen haben. In der Erfüllung des Friedensvertrages sieht er den Prüfstein, ob sich das deutsche Volk frei machen wird von der preussischen Kaiserpolitik, von der Diktatur der preussischen Idee.

Er ist guter Hoffnung, daß Deutschland sehr hoch Verunft annehmen wird, wenn ihm auch starke Zweifel an der Rückkehr zur Vernunft antommen bei dem Gedanken an das „Manifest der sogenannten 93 Intellektuellen“, die so dreist zu liegen wagten, daß Deutschland den Krieg nicht provoziert habe. Und trotzdem will er nicht zum Haß gegen Deutschland aufregen.

Der Haß kann keine Lösung bringen. Gefühle des Zornes sind keine Grundlage für die Zukunft, so berechtigt sie sein mögen. Dennoch ist es wahr, daß wir vor dem schweren Problem stehen: an den Pfosten unseres Landes das deutsche Volk zu sehen, von uns nur getrennt durch eine schwache Grenze; und daß wir fragen müssen, was wir von einem Volke erwarten dürfen, das sich über die einfachsten Empfindungen der Menschlichkeit hinwegsetzt und Gewalttaten begangen hat, die das ganze Menschengeschlecht verdammen muß.

Diese Rede Clemenceaus beweist uns also, welches Vertrauen uns von der feindlichen Seite entgegengebracht wird und wie wir allen Grund haben, in unserm eigenem Interesse mit diesem Vertrauen würdig zu erweisen. Und wie legen wir den Finger auf eine alte Wunde, wenn wir die deutschen Volkstämme vor der preussischen Hege-  
monie und seiner traditionellen Sabotagepolitik warnen. Selbstverständlich handelt es sich nicht um eine Bekämpfung des Preußen als Volkstamm, sondern um die Abgabe an eine Idee, die ohne Blutherrschaft nicht lebensfähig ist.

Die preussische Idee ist die Wurzel alles Übels. Und es wird nicht eher Frieden in der Welt geben, bevor nicht die Fackelhaube verschlungen ist. Sie zu beseitigen, ist die Rückkehr zur Vernunft. Und dieses Ziel, das unserm deutschen Volk die Stellung innerhalb der Gesellschaft der Nationen verschafft, die seinem friedliebenden Grundcharakter entspricht, muß uns als höchstes gelten, auch auf die Gefahr hin, als „verderblichste Gesellen“ beschrien zu werden.

Wir wissen, daß alle die Eigenschaften, die uns bei den anderen Nationen so verhaßt gemacht haben, nur die Symptome der preussischen Intoleranz sind und sofort verloren gehen, wenn wir uns ergrüßeln von dem Einfluß dieser Idee befreit haben. Die Geschichte mag dann entscheiden, welche Seite die Würde der Menschheit gewahrt und welche sie vertritt hat.

### Aus der Nationalversammlung.

Die Debatte über das Reichsarbeitsministerium wird in Anwesenheit von noch nicht zwei Duzend Abgeordneten fortgesetzt. Nachdem der christliche Gewerkschafter Winzerfeld (Dp.) seine Wünsche vorgetragen hat, schließt plötzlich der Präsident Lehrenbach die Debatte, obwohl Genosse Zubeil noch als Redner eingetragen ist. Auf den Einspruch Zubeils erklärt er einfach, daß von jeder Partei nur ein Redner in der Generaldebatte zu sprechen habe. Das beruhe auf einem Beschluß des Seniors-Konvents und aus diesem Grunde habe er Zubeil das Wort abgelehnt. Trotz des scharfen Widerspruches Zubeils bleibt es bei dieser Wortabweisung. Man hat sich eben vorgenommen, damit die Abgeordneten bald in Ferien gehen können und, was das Wichtigere ist, daß jede durchgreifende Kritik unterbunden wird und, Kritik wäre doch so not-

wendig. Man versteht freilich, daß die jetzige Regierung die Kritik scheut. Präsident Lehrenbach fühlt sich ganz als das Organ der Regierung.

In der Spezialberatung hatte Genosse Vogt das Wort, um die Interessen der Kriegsinvaliden in nachdrücklicher Weise wahrzunehmen. Er stützte seine Ausführungen auf sehr durchgreifendes und reichhaltiges Material und hatte wenigstens so viel erreicht, daß sich der Arbeitsminister das Material ausbat. Eine Gewähr dafür, ob dann auch die entsprechende Abhilfe erfolgt, hat man natürlich nicht.

Im übrigen plätscherte die Debatte eudlos weiter über Einzelheiten und Spezialwünsche der einzelnen Redner. Es ist die alte Erscheinung, die hier immer zu beobachten ist: Wenn ein Gegenstand längere Besprechung hervorruft, dann verhandelt die Aussprache in der Regel an der Interesselosigkeit des Hauses.

In einem Streit über die Frage eines Staatszuschusses für die Arbeitsnachweise (die einen wollen kleinere, die anderen größere Summen auswerfen) nimmt Genosse Zubeil noch das Wort. Er spricht sich für die Parweisung der größeren Summe aus. Die Spezialdiskussion wird noch die ganze Montagsfrühung ausfüllen, ohne daß etwas von Bedeutung sich dabei ereignet.

### Zivil-Courage.

Ueber einen Vortrag ihres Verlagsdirektors Bulle, gehalten in einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei im Realgymnasium zu Pankow, berichtet die „Deutsche Zeitung“, um einerseits die erkaunte ansehende Welt mit ihrer Beiseit zu beglücken, und andererseits geistig normal veranlagte Menschen wieder einmal etwas anzuheltern. Anschließend an die Schrift Walter Rathenous' „Das neue Reich“ konstatiert Bulle mit national-elegischem Schwung, daß die Revolution uns — d. h. die Deutschnationalen Volkspartei — schuldig gemacht habe. Die Schuld daran trägt — nach Bulle — das System Erzberger-Roske, welchem er prophezeit, in spätestens einem halben Jahre den Zusammenbruch herbeigeführt zu haben. Im selben Atemzuge aber behauptet er mit wichtiger Geste: „Der Zusammenbruch ist die Folge der Revolution.“ Wahrscheinlich hat Bulle mindestens die letzten drei Monate des vorigen Jahres verschlafen, sonst müßte ihm längst klar geworden sein, daß die Sache gerade umgekehrt richtig ist. Der Zusammenbruch stand unseres Wissens bereits vor der Tür, als kaum ein Mensch an die Revolution dachte. Herbeigeführt aber wurde er nicht zuletzt durch jene der Deutschnationalen Volkspartei politisch nicht allzu fernstehenden Kreaturen, welche, um ihre chauvinistischen Ziele zu verwirklichen, mit Millionen Menschen ein fiendliches Spiel trieben. Möge dies Herr Bulle und die „Deutsche Zeitung“, überall in der Deutschen Reichs hinausstreuen, es würde viel zur Aufklärung der Massen beitragen. Dazu aber werden sie wohl kaum die nötige „Zivil-Courage“ aufzubringen vermögen.

Den enormen Mangel gerade an diesem Gut, wodurch „wir“ — d. h. die Deutschnationalen Volkspartei — unsere jetzigen erbärmlichen Zustand verdient, gibt Bulle ja auch unumwunden zu. Ja, in einem erbärmlicheren Zustande, zumal des Geistes, kann sich kaum ein anderer Mensch befinden als die um Bulle und Konjorten. Das beweist genügend schon der Pharisäertum, in dem besagter Herr mit Emphase ausruft: „Weißt ihr nun einmal nicht so ein Volk sind, wie die Engländer und Franzosen“ (Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin wie jene...). Strass glaubt er folgern zu dürfen, den Hauptfaktor für Wiederaufbau und Genesung in der richtigen Lösung der Judenfrage zu suchen. Wie diese Lösung ausfallen würde, wenn sie diesem Herrn und seinem Gefolge überlassen bliebe, darüber ist alle Welt gewissam orientiert. Auch die „Befreiung der Stände“ will Herr Bulle herbeiführen. In diesem Zweck soll ein „großzügiges Heimstättengefes“ dienen. Denn „jeder Arbeiter muß dahin kommen, eine eigene Scheite zu haben“. Natürlich unter dem Zephr eines feudalen Großgrundbesizers. „Die Heimaufhebung der arbeitenden Klassen muß aufhören.“ Nur schade, daß diese demokratischen Empfindungen erst jetzt zum Durchbruch kommen. Früher hätte er vielleicht einen Fischzug damit machen können; heute ist es verfehlt. Je arbeitenden Klassen werden von Herzen gern auf das verzichten, was ihnen von deutschnationaler Seite geboten werden dürfte. Sie sind heute in der Lage, ihre Rechte auf andere Weise zur Geltung zu bringen. Das revolutionäre Proletariat hat Mittel und Wege genug, selbst die aufscheinend schwierigsten Fragen zu lösen.

### Vom Räteystem.

#### Arbeiterratskonferenz in Thüringen.

Der Arbeiterrat Jena ladet alle Arbeiterräte Groß-Thüringens auf den 21. Oktober 1919 nach Erfurt zu einer Konferenz ein. Es soll dort zur Frage des Weiterbestehens der Arbeiterräte in Thüringen und zu einer evtl. Neuwahl Stellung genommen werden. Es ist zu erwarten, daß auch die Arbeiterräte Thüringens nach dem Beispiel der Arbeiterräte des Niederrheins, Sachsen, Mitteldeutschlands, Magdeburgs und des Bezirkes Schweinfurt ihre Arbeiterräte den veränderten Kampfbedingungen anpassen und sie zusammenschaffen in einer Propagandazentrale, deren Aufgabe die Vorbereitung der Revolution durch Propagierung und Unterstützung der Betriebsräte ist.

#### Demokratie und Arbeiterräte.

Nachdem der Haushaltungsausschuß der preussischen Landesversammlung beschlossen hat, der Regierung die Zahlung von Kosten für die Beauftragten der Arbeiterräte ab 31. Oktober 1919 zu unterlagen und der bairische Minister Memmele gleiche Verbote erließ, ist auch eine Groß-Berliner Gemeindevertreter-Konferenz der Scheinsozialisten zu ähnlichen Beschlüssen gekommen. Die Rechtssozialisten fordern im Gegensatz zu ihrem Zentralrat die Beseitigung der Arbeiterräte. Allerdings nicht etwa, weil sie keine Macht mehr haben und deshalb nur Verwirrung und Illusionen in den Köpfen der Arbeiter erzeugen. Die Demokratisierung der Gemeinden hat nach der Meinung der Scheinsozialisten die Arbeiterräte überflüssig gemacht. In den Gemeinden, in denen Arbeitervertreter nicht die Mehrheit haben, könne man der Minderheit nicht durch Arbeiterräte ein Vortrecht geben.

Nährend ist diese Sorge, daß die Arbeiter nicht zu viel Rechte bekommen. Von Vortrechten könnte natürlich in solchen Fällen nicht die Rede sein, da die heutigen Parlamente nur scheinbar demokratisch, in Wirklichkeit aber Klassenvertretungen der Bourgeoisie sind. Wenn in einzelnen Gemeindeparlamenten wirklich Arbeitervertreter die Mehrheit haben und sie auch im Interesse des Proletariats

auszuüben wollen, so sind sie in ihrer Wirkungsmöglichkeit außerordentlich gehemmt durch die Verwaltungen und die reichsgesetzlichen Bestimmungen des bürgerlichen Staates. Die Anerkennung der bürgerlichen Demokratie bedeutet eine Entrechtung des Proletariats. Die Arbeiterkraft wird nicht fragen, ob die Arbeiterräte auch mit der bürgerlichen Demokratie in Einklang zu bringen sind, sondern sie rüft zur Beseitigung dieser Art Demokratie und zur Schaffung neuer, machtvoller Arbeiterräte.

### Berg- und Revierräte in der tschechoslowakischen Republik.

Der Minister für öffentliche Arbeiten in der tschechoslowakischen Republik, Genosse Hampl, hat der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorgelegt, der sich mit der Errichtung von Berg- und Revierräten beschäftigt. Die Räte sollen das Recht haben:

1. Bei der Durchführung der Arbeitsordnungs- und bergpolizeilichen Bestimmungen, gesetzlichen oder amtlichen Arbeiterschutzvorschriften mitzubestimmen.
2. Anträge zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu stellen.
3. Aufsicht über die Durchführung der Lohn- und Arbeitsverträge zu führen.
4. Bei der Erhaltung der Ordnung und Disziplin mitzuwirken.
5. Bei Konflikten zu vermitteln.
6. Bei der Entlassung von Arbeitern mitzusprechen.
7. Die Wohltätigkeitsanstaltungen zu verwalten.
8. In die jährliche Bilanz Einsicht zu haben.

Die Revierräte wirken mit bei der Verteilung und Preisbestimmung der Kohle, und sollen bei allen Berg-Gesellschaftsvorlagen mitberaten. Zugleich hat das Ministerium für öffentliche Arbeiten eine Vorlage über die Errichtung besonderer Berg-Gerichte eingebracht. Sie sollen aus drei Vertretern der Angestellten und drei Vertretern der Betriebsinhaber zusammengesetzt sein; ein Berufsrichter fungiert als Vorsitzender. Wenn es sich um einen Konflikt, an denen die Arbeiter interessiert sind, handelt, so wird das Gericht aus drei Vertretern der Bergarbeiter, drei Vertretern der Betriebsinhaber und einem Berufsrichter als Vorsitzender bestehen. Bei einem Konflikt, an dem die Beamten des Betriebes beteiligt sind, werden dagegen drei Vertreter der Beamtenschaft beteiligt sein. „Pravo Lidu“, das Hauptorgan der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei, bemerkt zu der Vorlage ganz mit Recht: „Aus der Perspektive der Revolutionsgedanken scheint uns heute öfter als geringerer Erfolg das, was in der früheren österreichischen Monarchie als großer Erfolg gepriesen worden wäre.“

### Achtstundentag und Arbeiterräte in Schweden.

Der schwedische Reichstag hat ein Gesetz geschaffen, das den Achtstundentag, allerdings mit vielen Ausnahmen, in Schweden einführt. Vom Achtstundentag ausgeschlossen sind die zahlreichen Arbeiter und Beamten der Staatsbetriebe, die Arbeiter in der Schifffahrt, Fischerei, Forst- und Landwirtschaft, auch alle Vorarbeiter, Werkmeister, die Angestellten der öffentlichen Anstalten und des Eisenbahnbauens. Für Betriebe, die weniger als vier Arbeiter beschäftigen, sowie für das Kleinanwärtel und Gemeinden unter 1500 Einwohnern gilt das Gesetz nicht.

Ein Unikum ist der im Gesetz vorgesehene Arbeiterrat. Er besteht aus sieben Ernannten des Königs! Die Unternehmer schlagen vier, die Arbeiter drei Vertreter vor, der König bestimmt vier Mitglieder, die drei anderen ernannt die Regierung. Das Ding hat allerdings mit Arbeiterräten außer dem Namen nichts zu tun.

### Ausland.

#### Blutige Wahlkämpfe in Italien.

Rom, 20. Okt. Sabas. In Bitonto bei Bari sind Unruhen ausgebrochen. Ein blutiger Streit entstand beim Wahlkampf zwischen den Anhängern des bisherigen Abgeordneten und des neuen Kandidaten. Viele Personen sind verletzt, zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Blätter glauben, daß infolge dieser Unruhen die Arbeiter von Bitonto in den Streik treten werden.

#### Ein Amnestieerlass in Frankreich.

Paris, 20. Okt. Der Senat genehmigte einen Amnestie-Erlass, der sich auch auf Deserteure ausdehnen soll. — Und in der sozialistischen Republik Deutschland?

#### Die Streiks in Amerika.

Nach Meldungen der „Daily News“ aus Washington soll die durch die Krise auf der industriellen Konferenz geschaffene Lage die schwierigste in der bisherigen Geschichte Amerikas sein. Am Freitag befanden sich 750000 Arbeiter im Ausstand.

Wie der „New-Yorker Courant“ meldet, sind die Vergleichsverhandlungen zwischen den Kohlenbergwerksbesitzern und den Kohlenarbeitern gescheitert.

Nach der „Times“ sollen die Bergwerksarbeiter den sechsständigen Arbeitstag, die fünfständige Arbeitswoche und eine Lohnerhöhung von 60 v. H. fordern. Die Bergwerksbesitzer haben es abgelehnt, in Verhandlungen einzutreten.

### Internationale Forderungen der Seeleute.

Amsterdam, 20. Okt. Der „Telegraaf“ meldet aus London, daß der Delegierte der britischen Regierung für die Arbeitskonferenz in Washington, George Barnes, eine Abordnung des Rates der Seeleute unter Havelock Wilson empfing. Sie besprachen Maßnahmen für eine internationale Versammlung. Auf Ersuchen Barnes' formulierten die Räte der Seeleute die Forderungen der Seeleute auf internationaler Basis, die 14 Punkte umfassen, darunter Mindestlohn, freie Kost an Bord auch während des Ladens, Festsetzung einer bestimmten Zahl von Arbeitsstunden auf See und in den Häfen, das Recht der Seeleute auf einen Teil ihres Verdienstes bei der Ankunft in fremden Häfen, im Falle von Schiffbruch Bezahlung des Lohnes bis zur Heimkehr des Seemanns, Entschädigung an die Hinterbliebenen bei Verlust des Lebens, Entschädigungen bei Unglück bei Verlust von persönlichem Besitz, Reorganisation des drahtlosen telegraphischen Dienstes auf See, Bildung eines gemeinsamen nationalen Seefahrtsrates und eines solchen internationalen Rates.

## Aus Hamburg.

### Sinnweg mit dem Kriegsgericht!

Wegen unerlaubten Tragens militärischer Dienstabzeichen ist der frühere Marinesoldat Martin B. angeklagt. Er wurde vor kurzem von einem Soldaten der Reichswehr angefallen, weil er noch das Marine-Mützenband trug. Trotz Aufforderung, das Band zu entfernen, ließ er es an der Mütze und als ihn der Soldat an demselben Tage noch einmal traf und ihn zur Rede stellte, schimpfte er ihn „Kostegardist“. Der Gerichtshof verurteilte ihn zu einem Monat Gefängnis. Es waren drei Monate beantragt.

Der 18jährige Otto Sahn hatte herumrennommiert, sich an den Lebensmittellieferanten beteiligen zu lassen. Vor dem Kriegsgericht befreit er jede Schuld. Er wisse noch nicht einmal mit einem Gewehr umzugehen. Zeugen wollen den Jugendlichen aber mit einem Gewehr gesehen haben. Resultat: Unter „Verückelung“ seiner jugendlichen Unerfahrenheit sieben Monate Gefängnis.

### „Keine Arbeitsnot!“

Das außerordentliche Kriegsgericht Hamburg außerordentlich zu schaffen hat, beweist, daß „nur“ 40 militärische Richter dazu kommandiert sind. Von diesen sind 3 Oberleutnants, 15 Majore, 19 Hauptleute, 2 Mittelmeister, 1 Kapitanleutnant, 15 Herren führen das Prädikat „von“.

### Streik in Hamburg.

Seit Sonnabend den 18. Oktober befinden sich die Arbeiter und Arbeiterinnen der Mützenbranche Hamburgs im Lohnstreik. Es handelt sich um strikte Innehaltung des zum 1. August 1919 abgeschlossenen Tarifs und um zu vermeiden, daß auch die im Tarif festgesetzten Mindestlöhne als Höchstlöhne betrachtet werden. Wir bitten um Unterstützung seitens der werktätigen Bevölkerung Hamburgs und Umgebung. Das Streikkomitee.

### Übermäßige Mietsteigerung in Sicht?

In einer Versammlung der Grundeigentümer aus Hamburg, Altona und Umgebung beschloß man sich mit den gegenwärtigen Mietpreisen und ihrem Verhältnis zu den Kosten der Instandhaltung der Mietwohnungen. Es wurde einstimmig festgestellt, daß die im letzten Jahre vorgenommenen Erhöhungen der Mieten um 20 bis 25 Prozent nicht ausreichend seien für die enormen Handwerkerrechnungen bei den notwendigen Reparaturen und eine baldige weitere Mietsteigerung aller Wohnungen unumgänglich notwendig sei. Das weitere wurde einem in der Versammlung gewählten Ausschusse zur Bearbeitung übergeben.

Diese Notiz entnehmen wir einer hiesigen bürgerlichen Zeitung, die natürlich keinen Kommentar anhängt. Wir möchten schon im voraus behaupten, daß der Ausschuss natürlich eine Mietserhöhung beschloß, weil die Reparaturkosten usw. Wir möchten aber den Grundeigentümern samt ihrem Ausschuss in Erinnerung rufen, daß sie während der fast fünfjährigen Kriegszeit gar keine Reparaturen haben ausführen lassen, also riesige Summen gespart haben. Dieses gespart Geld können die Herren ja jetzt für die notwendigen Reparaturen ausgeben. — Hoffentlich machen die Mietervereine und -räte den Grundeigentümern einen dicken Strich durch ihre saubere Rechnung.

### Die Diensterteilung der Einwohnerwehr.

Wenn man die Bestimmungen, welche am 1. November d. J. in Kraft treten sollen, unter die Lupe nimmt, so fällt zunächst auf, daß der Dienst, welcher auf Anordnung der Zivilbehörde erfolgt, ehrenamtlich, daher unbefolgt sein soll.

Diese ehrenamtliche Tätigkeit hat jedoch verschiedene Annehmlichkeiten, denn es wird 1. eine Vergütung des entstandenen Verdienstausfalls gewährt; 2. außer unentgeltlicher Lieferung von Getränk auch freie ausreichende Verpflegung durch den Staat gegeben; 3. die Lieferung von einem Paar Stiefelsohlen und einem Paar Militärschuhen nach 50 vorchriftsmäßig abgeleiteten Wochen in Aussicht gestellt. Hierbei ist dann ferner noch in Betracht zu ziehen, daß der Diensttritt in den betroffenen Privat- oder Staatsbetrieben bei vorhergegangener Nachdienst auf 11 Uhr vormittags festgesetzt ist und eine Zahlung der veräumten Zeit an Lohn oder Gehalt seitens des Arbeitgebers zu erfolgen hat.

Bei drückendem 24-Stundendienst werden dagegen auf Wunsch vergütet: 1. an Erwerbslose außer der zu leistenden Erwerbslosenunterstützung durch das Arbeitsamt noch 10 Mark aus Staatsmitteln; 2. an Tag- und Stundenlohnempfänger 10 Mark aus Staatsmitteln und durch den Arbeitgeber der Rest des entstandenen Verdienstausfalls; 3. an Festbesoldete Weiterzahlung des Wochen- bzw. Monatsgehalts durch die Behörden, Arbeitgeber usw.; 4. an Pensionäre und Rentnempfinger 10 Mark aus Staatsmitteln.

wenn ihre festen Einnahmen die Höhe der Erwerbslosenunterstützung nicht erreichen; 5. an selbständige Kaufleute, Gewerbetreibende usw. 10 Mark aus Staatsmitteln, falls ihnen durch den Dienst ein wirtschaftlicher Schaden verursacht wird, und ferner bis zu 15 Mark, wenn ein Schaden nachgewiesen und belegt werden kann.

Welche ungeahnten Möglichkeiten bieten sich allen Vorbezeichneten und insbesondere den selbständigen Kaufleuten, deren geschäftliche Tätigkeit ja sowieso infolge des fehlenden freien Handels behindert wird!

Hier zeigt sich also eine günstige Gelegenheit für viele, an die Staatskasse zu kommen und ohne großes Risiko für die eigene wertvolle Person sich eine feste Einnahme zu verschaffen.

### Versammlung der Betriebsräte, Angestellten-Ausschüsse und Erwerbslosenräte

am Sonntag den 19. Oktober im Gewerkschaftshaus. Nach einem fesselnden Vortrag des Genossen Kurt Seher-Leipzig über die Aufgaben und den Aufbau der Betriebsräte beschloß die Versammlung, zu der von der Zentrale der Betriebsräte zum 24. Oktober nach Halle einberufenen Konferenz einen Delegierten zu entsenden. Einmütig wurde Gen. v. Frieling gewählt. Die vorgenommene Festsitzung ergab 193.80 Mk. (Ausführlicher Bericht folgt.)

Einen offenen Brief hat der Verband inaktiver Marineangehöriger an den Reichspräsidenten Ebert gesandt. Folgende Forderungen werden erhoben: 1. Wir verlangen einen Druck auszuüben auf die Dienststellen, unter allen Umständen sachlich mit uns zu arbeiten und uns willig Auskunft zu geben. 2. Für unsere sachdienlichen Verlehr mit den Marinebehörden in dienstlicher Angelegenheit dieselbe Porosität, wie die Behörde sie genießt. 3. Die schriftliche Verechtigung, nach dem Verleib von Kontinent- und Menagegeldern forschen zu können.

Ein Irrtum ist uns am letzten Sonnabend bei dem Bericht über die Erwerbslosenversammlungen unterlaufen. Hier hatten wir ohne Absicht den Kommunisten einen Mitgliederzuwachs dadurch verschafft, indem wir unsere Genossen Jöllner als Kommunisten bezeichneten. Der Irrtum ist darauf zurückzuführen, daß uns eigene Berichte über die Versammlungen nicht zugingen und wir gezwungen waren, nach dem „Echo“ und den bürgerlichen Blättern zu berichten. In diesen Blättern wurde der Redner im Gewerkschaftshaus als Kommunist bezeichnet. Wir waren also in dem guten Glauben, einen Namensvetter des Genossen J. vor uns zu haben. Also Genosse Jöllner ist ein guter Unabhängiger und wir hoffen, daß er es für immer bleiben wird.

„Wie sie sich schmeieren lassen!“ Unter dieser Ueberschrift verbreitet der Zentralverband der Angestellten die Behauptung, mehrere Angestelltenverbände hätten von der Firma Georg A. Jasmah, A.-G., Dresden, Schmiegelder angenommen, darunter der Kaufmannsvereinsverein von 1858 am 24. April d. J. 3000 Mk. Diese Behauptung ist unrichtig. Wahr ist, daß die Verwaltung des Kaufmannsvereins von 1858 am 30. April d. J. ihrer Landesgeschäftsstelle Dresden wörtlich folgendes schrieb: „Den uns mit Ihrem gest. Schreiben vom 28. d. übersandten Scheck über 3000 Mk. der Firma G. A. Jasmah A.-G. reichen wir Ihnen einlegend zu unserer Entlastung zurück. Nach den auf der Hauptversammlung angenommenen gewerkschaftlichen Grundsätzen sind irgendwelche Zuwendungen von Unternehmern grundsätzlich ausgeschlossen.“ Unsere Landesgeschäftsstelle hat ihrerseits der Firma Jasmah gegenüber den gleichen Standpunkt eingenommen und den Betrag auf Veranlassung des Sponsors dem Geschäftlichen Ferien- und Wanderheim, Oberwiesenthal a. V., einem gemeinnützigen, selbständigen Verein überwiesen.

Hamburger Freibank. Mittwoch den 22. Oktober Verkauf auf Freibank-Kleinsparten Nr. 7401-7700 von 7.30 bis 8.30 Uhr, Nr. 7701-8000 von 9-10 Uhr. Donnerstag den 23. Oktober Nr. 8001-8300 von 7.30-8.30 Uhr, Nr. 8301 bis 8600 von 9-10 Uhr.

s. Wer ist der Selbstmörder? Am Sonntag erschloß sich auf dem Dampferanlegeplatz der Alsterdampfer bei der Goernebrücke an Leinpfad ein unbekannter Mann. Die Leiche des Selbstmörders kam ins Hafentraktenhaus. Es handelt sich um einen etwa 25 Jahre alten Mann, 1,67 Meter groß, mit dunkelblondem Haar, gleichen englisch gestutzten Schnurrbart, blauen Augen und Verband am Mittelfinger der linken Hand. Der Unbekannte war mit dunkelblauer Jackettanzug, Marinehose und weißer Unterwäsche bekleidet. An den Füßen trug der Unbekannte schwarze Strümpfe und schwarze Schnürstiefel. Ein Taschentuch war A. G. gezeichnet. Die Hofe, sowie das Unterzeug tragen folgende Stempel: B. A. R. 2, 12, 15, 2 und B. R. XV, 1917.

### Wilhelmsburg.

Der dritte Prozeß, der wegen der im Februar stattgefundenen Krawalle auf der Insel Wilhelmsburg vor der Strafkammer in Stade verhandelt wurde, endete mit der Verurteilung aller acht Angeklagten wegen Teilnahme an Landfriedensbruch und Aufruhr. Es handelte sich um die Sühne der Mißhandlung des Gendarmeriewachmeisters

Arjahn und des Wachmannes Suenbarth. Von den Angeklagten erhielt der Arbeiter Valentin Rudski 2 Jahre, der Arbeiter Cabulla 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, drei Angeklagte wurden zu je 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt, zwei weitere zu 9 Monaten Gefängnis, während der letzte 6 Monate Gefängnis erhielt.

## Jugendbewegung.

Achtung! Freunde der U. S. V.-Jugend! In allen Gauen des Deutschen Reiches sammelt sich die Jugend unter dem Banner der U. S. V. Auch hier in Hamburg ist man eifrig am Werke. Es gilt nun, unsere Arbeit auf eine richtige Basis stellen zu können, eine Ansprache mit den Jugendgenossen über alle schwebenden Fragen herbeizuführen. Zu diesem Zweck ruft die Ortsgruppe Hamburg zu einer am Sonntag, dem 26. Oktober, nachm. 8 Uhr, bei Fentel (früher Meher), Kreuzweg 6 (beim Hauptbahnhof) stattfindenden gemeinschaftlichen Mitgliederversammlung auf. Alle unsere Mitglieder müssen zu dieser Versammlung bestimmt erscheinen. Die Tagesordnung lautet: 1. Situationsbericht und unsere kommende Arbeit (Referent: Genosse Berg). 2. Der Aufbau unserer Organisation (Referent: Genosse Mart). 3. Anträge (solche sind bis Sonntagabend beim Unterzeichneten einzureichen). 4. Wahlen (Bezirksfunktionär, Vorstand für Hamburg). 5. Verschiedenes. — Unsere Mitglieder in den umliegenden Orten, wie Geesthacht, Harburg, Elmshorn, werden dringend gebeten, zahlreich zu erscheinen. In allen anderen Orten, wo wir noch keinen Fuß fassen konnten, werden alle für uns interessierten Genossen und Genossinnen ersucht, an dieser wichtigen Zusammenkunft teilzunehmen.

Genossinnen und Genossen! Große Aufgaben harrten unser. Den Grundstein dazu wollen wir am Sonntag legen. Seid nicht müßig, helft alle mit am Aufbau unserer Jugendorganisation! Anfragen und Zuschriften sind an den Genossen Albert Berg, Hamburg 33, Schwalbenstraße 43, II. zu richten.

### Unabhängige Sozialdemokratische Jugendorganisation Groß-Hamburg.

Sonntag, 26. Oktober, 1. General-Versammlung bei Meher (früher Jaentel), Kreuzweg 6, beim Steinbamm. — Bezirk Harburg-Uhlenhorst, Edelmann, Bartholomäusstr. 1: Mittwoch, 22. Oktober, Diskussion über „Sozialisierung“. — Bezirk Neustadt, Aueberg 4, bei Kaefer: Mittwoch, 22. Oktober, Lesen aus „Stunde von Nirgendwo“. — Bezirk Hohenluft, Frau (früher Stange), Ede Gärtners- und Quickenstraße: Mittwoch, 22. Oktober, Mitgliederversammlung. (Ausnahme von Mitgliedern im Lokal.)

## Parteinachrichten.

### Zum Parteitag.

Der Parteitag findet am 16. November statt. Die Aufstellung der Kandidaten erfolgt durch die Distrikte und die Wahl ist eine Urwahl. Zur Erledigung dieser Aufgaben sind folgende Maßnahmen getroffen: Am Freitag, dem 24. Oktober, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Versammlung statt mit einem Referat über die Aufgaben des Parteiorgans. Für Montag, den 27. Oktober, spätestens Dienstag, den 28. Oktober, sind in allen Distrikten Versammlungen einberufen, in denen die Aufstellung der Kandidaten erfolgt. Jeder Distrikt soll zunächst nicht mehr Kandidaten aufstellen, als Delegierte von Hamburg entsandt werden sollen. Diese Zahl bestimmt die Mitgliederversammlung am Freitag, den 24. Oktober. Die Distrikte können auch Kandidaten aufstellen, die nicht im Distrikt wohnen. Kandidatenlisten der Distrikte, die nicht bis Mittwoch, den 29. Oktober inkl. im Parteibüro eingereicht sind, können nicht mehr berücksichtigt werden. Am Freitag, dem 31. Oktober, findet abermals im Gewerkschaftshaus eine allgemeine Mitgliederversammlung statt, welche zu den zum Parteitag zu stellenden Anträgen Stellung nimmt. Die Anträge müssen spätestens am 7. November in Verlu sein. Am Sonntag, dem 2. November, findet in den von den Distrikten zu bestimmenden Wahllokalen die Urwahl statt. Der Vorstand.

Samm-Horn-Borgfelde. Außerordentliche Bezirksführer- und Delegiertenversammlung am Mittwoch den 22. Oktober, abends 7 Uhr, bei Wachs.

Neustadt, Bez. 7. Dienstag den 21. Oktober, 7 Uhr, bei A. C. Sienna, Düsternstr. 41, außerordentlicher Bezirksabend. Uhlendorfer-Winterhude. Mittwoch den 22. Oktober, 7 Uhr, bei Döber, Ede Gertig und Geibelstraße, Funktionärversammlung für Bezirksführer, Zeitungs-Kommission und Unter-Kassierer.

Distrikt Rothenburgsort. Außerordentliche Funktionär- und Delegiertenversammlung am Mittwoch den 22. Oktober, abends 7.30 Uhr, im Distriktslokal.

Altona, 4. Distrikt, 21. Bez. Mittwoch den 22. Oktober, Bezirksabend bei Aug. Jahnke, Wilhelmsstr. 37.

Wilhelmsburg-Neuhof. 23. Funktionärversammlung bei Wille, Reiderstieg.

## Bekanntmachung

betreffend

Abgabe von Feuerungsmaterial auf Bezugscheine der gewerblichen Abteilung der Kohlenabteilung des Hamburgischen Kriegsversorgungsamtes.

Auf Grund der Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 30. März 1918 (Amtsblatt 1918 S. 589) in Verbindung mit der Bekanntmachung des Senats vom 1. August 1917 (Amtsblatt 1917 S. 1325) wird hierdurch für das Gebiet der Stadt Hamburg angeordnet:

Auf Bezugscheine der gewerblichen Abteilung der Kohlenabteilung, welche nach dem 6. September 1919 ausgestellt worden sind, dürfen die für den Monat November 1919 bewilligten Mengen vom 23. Oktober 1919 an abgegeben und entnommen werden.

Alle Bezugscheine der gewerblichen Abteilung, welche bis einschließlich 6. September 1919 ausgestellt sind, haben ihre Gültigkeit verloren.

Hamburg, den 18. Oktober 1919.

Hamburgisches Kriegsversorgungsamt.

## Vermietung einer Fläche

am 2. Eingang des Ohlsdorfer Friedhofes.

Am Sonnabend, dem 25. Oktober 1919, vormittags 10 Uhr, soll im Verlöndungsaal der Finanzdeputation, Neuer Jungfernstieg 21, Zimmer Nr. 9, eine ca. 60 qm große Fläche öffentlichen Grundes an dem östlichen Widerlager der Brücke der Alsteralbahn an der Fußbüttelerstraße am zweiten Eingang des Ohlsdorfer Friedhofes öffentlich meistbietend vermietet werden.

Bedingungen liegen im Sekretariat II der Finanzdeputation, Neuer Jungfernstieg 21, Erdgeschoss, Zimmer Nr. 5, zur Einsichtnahme aus.

Hamburg, den 18. Oktober 1919.

## Die Finanzdeputation.

### Altmahag. Sekretär

o. Schatulle m. rund. Klappe sof. gesucht. Liopmann, Altona, Poststraße 25.

Marken  
Herst. seit 1879  
Neu Holz  
Besenbinderhof 70

## Brust- und Lungenkranke

werden spezialärztlich behandelt in mein. Inhalierinstitute Hamburg, Gr. Allee 8, am Hauptbahnhof, täglich 9-12 und 3-7, Sonntags 11-1 Uhr.

Dr. med. Jaenicke, Spezialarzt für Lungenleiden.

## Haut-, Blasen-, Frauenleiden

ohne Quecksilber, ohne Einspritz. Blut- und Urinuntersuchungen. Aufklärnde Broschüre Nr. 33, diskret, verschlossen, Mk. 2.00 (Nachnahme).

## Spezialarzt Dr. med. Hollaender

Hamburg, Colonnaden 26.

Täglich 11-1, 5-7. Sonntags 11-1.

## 3tür. Ankleideschlafz.

in Birke, in Eiche imit., kompl. mit Marmor u. Aufzügen, prima Arbeit, M. 1950, 1750, 1550, 1350. Stabile Küchen von M. 295 an.

Müller, Möbelfabrik, Steinbamm 107, Hptr. r.

## Schafswolle

gewaschen u. ungewaschen, Kamzug u. Wollumpfen

taufen zu höchst. Preisen  
Diamant & Co.  
Bei den Mühren 79.  
Tel.-Nr.: Vulkan 1039.  
Tel.-Adr.: Diecomprob

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Ortsverwaltung Hamburg I.

Branche Hausdiener, Kontorboten,  
Lagerarbeiter und -arbeiterinnen.  
**Versammlung**

am Mittwoch, dem 22. Oktober 1919, abends 7 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, großer Saal, oben.

Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Gründung einer Sektion Handelsreisender. 2. Wahlen. 3. Berichte, Anträge und Anfragen.

Die Branchenleitung.

**Proletarier singe!**

Ein neuzeitlich  
**Taschenliederbuch**  
für Jung und Alt.

Herausgegeben von Carl Hoym.

Enthält die bedeutendsten Kampflieder des revolutionären Proletariats sowie eine große Anzahl der schönsten Volkslieder aus allen Gauen. — 128 Seiten in geschmackvoller Aufmachung. — Umschlagzeichnungen von August Lange-Brock und Adolf Wriggers, Hamburg.

Preis 1.50 Mark, für Organisationen 1.10 Mark.

Zu beziehen durch die Buchhandlung Volquarts, Hamburg, Bartholomäustr. 94, oder direkt vom Verlag Carl Hoym, Hamburg 11, Admiralitätstraße 19.

**Mäster** (100 M.), 1 Paar getragene Stiefel (40 M.) zu verkaufen. Zu sehen zwischen 5 bis 7 Uhr. Langer, 2. Dulsberg 2, II.

Kragen, Mäntel, Pelz-Muffen, Sport-Pelze Westen, hochmodern u. sehr billig i. d. bek. Pelzlag. **Rotberg**, Gr. Bleichen 30, kpt.

**Verkauf sowie Vermietung von Herrengarderoben** vorm. Ferd. Müller, Zeughausmarkt 22.

**Einrahmung v. Bildern** u. Verkauf v. gross. u. klein. Wandschmuck. An Vorzeig. dieser Annonce extra billig. Neuer Steinweg 41.

**Der Arbeiter-Rat**  
Wochenschrift  
Preis 25 Pfg.  
Ist in der Stadtexpedition, Fehlandstr. 46, und bei S. Volquarts, Hamburg-Barmb., Bartholomäustr. 94, Lab., zu haben. Bestellungen werden in allen Filialen der „Hamburger Volks-Zeitung“ entgegen genommen.

Höchste Preise für  
**Kupfer, Messing, Rotguss.**  
**K. Diamant & Co.,** Rohprodukte  
Bei den Mühren 79.  
Tel.: Vulkan 1039. Tel.-Adr.: Diecomproh.

**Rudolfi**  
Praxis für magnetische Heilweise  
Grindelallee 93a. Sprechzeit: 9—10 und 5—6 Uhr.  
Ab 1. November: **Mittelweg 25!**  
Broschüre über neueste Forschungen, Heilung und Anleitung zum medialen Schreiben portofrei bei Einsendung v. Mk. 1.— in Marken sow. f. d. Buchhdlg. Gr. Bleichen 28.  
Langjährige Lähmungen heilte ich sofort.

**U** Büro: Fehlandstraße 46, I. **S** Telefon: Elbe 4967. **P**

**Frauenabende**  
finden statt in folgenden Distrikten:

**Gimsbüttel II:**  
Mittwoch, den 22. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, bei Thiemann, Ecke Lutteroth- u. Wehsehlstr. Vortrag der Genossin Rühl über „Wohnungsnot und Familienleben“.

**Gimsbüttel I:**  
Donnerstag, den 23. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, bei Scheel, Schulweg 22. Vortrag des Genossen Schulz über „Frauenleiden“.

**Wandsbek:**  
**Bildungsabend**  
Mittwoch, den 22. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, bei Rasnussen, Hamburgerstraße 10. Thema: „Sozialisierung“. Referent: Gen. P. v. Frieling.

In nachfolgendem Distrikt findet eine  
**Mitgliederversammlung**  
statt. Um zahlreichen Besuch dieser Versammlung wird ersucht.

**Schiffbek:**  
Mittwoch, den 22. Oktober, abends 7 Uhr, im Gemeindehaus. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Wichtige Parteinachrichten.  
Die Distriktsleitung.

**Eppendorf:**  
Die für heute angelegte Mitgliederversammlung findet am nächsten Dienstag statt.

**30 Boxer,**  
darunter  
**Willi Spörl**  
Leichtgewichtsmeister, Bayern.  
**Herrmann Podzuhn**  
Hamburg.  
**Fritz Rolaut**  
Köln, deutscher Meister, Federgewicht.  
**Hans Breitenstrater**  
Magdeburg.  
**Heinrich Schlüter**  
Schwergewichtsmeister der Marine, Hamburg.  
**Richard Naujocks**  
Leichtgewichtsmeister von Deutschland.  
**Kurt Prenzel**  
Mittelgewichtsmeister von Deutschland.  
**Eric Carlsen**  
Kopenhagen.  
**Ernst Koch**  
vorm. Paris.  
Alleinververkauf bei Hermann Tietz.  
**SAGEBIEL | 24., 27., 28. Oktober -**  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Bieber-Kaffee.**  
Tägliches Gastspiel  
**Gertrud Seewalt-Schultze**  
und  
**Julius Kuthan**  
vom Carl-Schultze-Theater  
und der grosse Oktober-Spielplan.

**Paul Bock's**  
Etablissement, Rothenburgsort  
Sonntags 4 Uhr,  
Mittwochs 6 Uhr:  
**Flotte Tanzmusik.**  
Sonnabends Ball.

**Kleines Theater**  
Gr. Bleich, 23, Tel. Vulk. 1282  
**Rubini**  
**Marie Kloth**  
**Willy Hagen**  
**Carl Pauly**  
Geschwister Parnys  
**Daphnis u. Cloë**  
Operette von J. Offenbach.  
Bearbeitet v. G. Tucher.  
Anf. 9 1/2 U. Ende 1 1/2 12 U.

**Carl Schultze-Theater.**  
Direktion: Herm. Haller.  
Dienstag, 21. Okt., 6 1/4 U.:  
**Die Geisha.**  
Mittwoch, 22. Okt., 6 1/4 U.:  
**Die Faschingsfee.**  
Donnerst., 23. Okt., 6 1/4 U.:  
**Die Faschingsfee.**  
Freitag, 24. Okt., 6 1/4 U.:  
**Die Puppe.**

**Thalia-Theater.**  
Mittwoch, 22. Okt., 6 1/2 U.:  
8. Vorst. im Mittwoch-Ab.  
**Femina.**  
Donnerst., 23. Okt., 6 1/2 U.:  
8. Vorst. i. Donnerstag-Ab.  
**Musik.**  
Freitag, 24. Okt., 6 1/2 U.:  
7. Vorst. im Freitag-Ab.  
**Femina.**

**Altonaer Stadt-Theater.**  
Dienst., 6 1/2 U.: 8. V. i. D.-A.  
**Der Florentiner.**  
Mittw., 6 1/2 U.: 8. V. i. D.-A.  
**Die vorsichtige Jungfrau.**  
Donnerst., 6 1/2 U.: 8. V. i. D.-A.  
**Der Florentiner.**  
Nach Schluß bequeme Verbindung u. allen Richtungen.

**Hambg. Stadt-Theater.**  
Dienst., 6 1/2 U.: 9. V. i. D.-A.  
**Madame Butterfly.**  
Mittw., 5 1/2 U.: 9. V. i. D.-A.  
**Hochzeit des Figaro.**

**Hamburger Volks-Oper**  
Mittwoch, 22. Okt., 6 1/2 U.:  
Vorfeier von Johann Strauß Geburtstags.  
**Der Zigeunerbaron.**  
Donnerst., 6 1/2 U.: Ab. gelb.  
**Das Farmer Mädchen.**  
Freitag, 24. Okt., 5 1/4 Uhr:  
**Lohengrin.**  
Sonnab., 25. Okt., 3 Uhr:  
ganz kleine Einheitspreise, von Mk. 0.75 bis Mk. 3.—.  
**Undine.**  
6 1/2 Uhr, anlässlich Johann Strauß Geburtstags:  
**Die Fledermaus.**  
Sonntag, 31. Okt. Erm. Preise.  
**Der Bettelstudent.**  
6 1/2 U.: Vorhings Geburtst. Czar u. Zimmermann.

**Deutsch.Schauspielhaus**  
Mittwoch, 22. Okt., 6 Uhr:  
**Rose Bernd.**  
Donnerstag: Und das Licht leuchtet in der Finsternis.  
Freitag, 6 1/2 U., 3. 1/2 Male!  
**Der Traum ein Leben.**  
Sonnab., 6 1/2 U.: **Summa Summarum.** Variete.  
Sonnt., 2 1/2 U.: Mittelpreise  
**Alt-Heidelberg.**  
6 1/2 Uhr: **Die Weber.**

**Schiller-Theater.**  
Dienstag:  
**Der Meinelbauer.**  
Mittwoch, 22. Oktober:  
Gastspiel Gustav Reune.  
Zum 1. Male:  
**Hurra! Ein Kind fliegt vom Himmel**  
Schwank von H. Hübner und P. Reune.  
Donnerstag:  
**Preziosa.**

**Hamburg.Kammerspiele**  
Besenbudenhof 50, Herkur 431.  
Direktion: Erich Ziegel.  
Mittwoch, 22. Okt., 6 1/2 U.:  
Die Büchse der Pandora.  
Donnerst., 23. Okt., 6 1/2 U.:  
**Und Pippa tanzt.**  
Freitag, 24. Okt., 6 1/2 U.:  
**Schloß Wetterstein.**

**Neues Operetten-Theater.**  
Mittwoch, 22. Okt., 6 1/2 U.:  
Die Rose von Stambul.  
Donnerst., 23. Okt., 6 1/2 U.:  
**Das süße Mädel.**  
Freitag, 24. Okt., 6 1/2 U.:  
**Die Czardasfürstin.**  
Ende 9 1/4 Uhr.

**Ernst Drucker-Theater**  
Mittwoch, Anfang 7 Uhr:  
**Nur noch kurze Zeit!**  
**Die Erbschaft im Specksgang**  
Gr. Hbg. Hof-Volkstheater m. Gesang u. Tanz i. 5 Bildern von Th. Stodmann.  
Musik von Alfr. Hartmann.  
Druck: Friedr. Meyer, Hbg. 23.

**Lessing-Theater**  
Ab Freitag, den 24. Oktober  
Der Galerienstrahl mit  
**Paul Wegener**  
**Lessing-Theater**

**KINO-RUNDSCHAU**  
Fernspr.: Elbe 4780/85

<b>Palast-Theater</b> Hamburgerstrasse 5-7, Elbe 4780/85. Vom 21. bis 23. Oktober: Nur 3 Tage! Das große Schlagerprogramm! <b>Der Kriegsgewinnler</b> Ein Zeitbild in 6 Abteilungen mit Ingeborg Spangsfeld und Anton von Verdier	<b>Belle Alliance-Theater</b> Schulterblatt Vom 21. bis 23. Oktober: <b>Der Mandarin.</b> Aus dem Leben eines Irrsinnigen. Die seltsame Geschichte d. Frhr. v. Stroom. Ein Filmspiel aus e. ander. Welt. 6 Akt. Hauptrollen Harry Walden, Carl Götz. Ferner: <b>Bernd Aldor</b> in dem vierakt. Schauspiel <b>Der Seifenkäufer.</b>	<b>Helios Theater, Altona,</b> Gr. Bergstrasse. Vom 21. bis 23. Oktober: <b>Die Liebhaften der Käte Keller.</b> Eine Satyre aus d. Leben. Filmschauspiel in 5 Akt. Nach d. Roman v. Richard Skowronnek. Hauptrollen <b>Reinhold Schünzel</b> und <b>Irmgard Bern.</b> Ferner: Sein eig. Diener. Glanz Filmschwank i. 3A.	<b>Apollo Theater</b> Süderstrasse. Vom 21. bis 23. Oktober: <b>Die Tat des Anderen.</b> Ein Drama aus d. grossen Wäldern. Ferner: <b>Das Millionenmädel.</b> Lustspielschlager mit <b>Ossi Oswald.</b>	<b>Central-Theater</b> Wandsb. Chaus. 162 Elbe 4780/85. Vom 21. bis 23. Oktober: Nur 3 Tage! <b>Die Liebe der Marion Bach.</b> Ein Spiel von Lieb' und Leid i. 4 Akt. mit Margarete Neff. <b>Künstlerliebe.</b> Ergreifender nordischer Kunstfilm in 4 Akten mit Iven Andersen.
--	---	--	---	--

# Schiffahrts-Rundschau.

Von unserem ständigen Schiffahrts-Mitarbeiter.

Seit unserem letzten Bericht hat sich ein auffallend matter Ton im Welt-Frachtgeschäft bemerkbar gemacht, der zum Teil auf die Wirkung des englischen Streiks, in der Hauptsache aber wohl darauf zurückzuführen ist, daß die Marktlage durch die vielen Einschränkungen, die der Schiffahrt noch immer durch die Regierungen der Entente auferlegt werden, behindert auf die freie Entwicklung des Geschäftes wirken. In den deutschen Häfen bildet der Kohlenmangel ein großes Hindernis. Es wird allgemein erwartet, daß die Weltfrachten ganz erheblich heruntergehen werden, sobald die Regierungen die heute noch von ihnen benötigte Tonnage freigeben. Wenn man außerdem bedenkt, daß die Kaufkraft aller von dem Kriege in Mitleidenschaft gezogenen Länder ganz erheblich geschwächt ist, so wird man unbedingt zu der Schlussfolgerung gelangen müssen, daß eine Katastrophe im Schiffahrtsgeschäft sehr viel früher eintreten kann, als heute von den Spekulanten, die noch immer überhöhten Preise für alte und minderwertige Schiffe zahlen, erwartet wird. Bei der Rückkehr zu normalen Verhältnissen werden viele von diesen Ratten zum alten Eisen wandern müssen. Die „Hansa“ verlangt Steuerfreiheit für Rückstellungen, die im Interesse der Abschreibung der viel zu teuer bezahlten Schiffe rechtzeitig gemacht werden müssen. Das ist fraglos ein „recht bescheidener“ Wunsch, dessen Erfüllung die Reeder offenbar auch gerne auf die Millionengewinne, die sie aus dem bis zu der endgültigen Ratifizierung des Friedensvertrages noch immer laufenden Charterverträge erzielen, angewendet sehen möchten. Verschiedene große Gesellschaften, wie z. B. die Reederei Aktien-Gesellschaft von 1896, die Levante-Linie, die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft und andere mehr befinden sich dadurch in einer so glänzenden finanziellen Position, daß sie vor kurzem in der Lage waren, ihre aus Friedenszeiten stammenden Obligationen vorzeitig zu tilgen. Infolge dieses Wanders und weil die Börse bestimmt damit rechnet, daß den Reedern der volle Goldwert der Schiffe dem Stände unserer Valuta entsprechend vergütet werden muß, steigen die Aktien beständig weiter im Kurse. Dr. Stübmann war also anscheinend sehr schlecht unterrichtet, als er der Bürgerschaft am 1. Oktober verkündete, die Aktiensteigerungen beruhen auf einem falsch aufgemachten Prospekt einer Bank. Daß die „Hansa“ konform mit ihrem „Bruderorgan“ „Echo“ unseren Antrag betreffend Besteuerung der Reeder „ein Verlegenheitsprodukt des revolutionären Seemannsbundes“ nennt, wirkt recht erheitend. Der D. S. V. wird sich darüber freuen, daß sein Rivale am Steinhöfch ihm solche Bedeutung beilegt. Die Schriftleitung der „Hansa“ geht sogar so weit, daß sie die fähige Behauptung aufstellt, durch unseren Antrag sollte ein Stimnungsstreik vorbereitet werden. Mit dieser plumpen „Stimmungsmaße“ wird die „Hansa“ wohl wenig Glück haben, denn sie kann sicherlich davon überzeugt sein, daß wir Mittel und Wege finden werden, die Reeder dazu zu zwingen, über ihre enormen Kriegsgewinne Steuer-Rechnung abzulegen. Von dem Gegenantrag Stübmanns und Genossen meint die „Hansa“ sehr richtig, daß er reichlich verspätet erscheint. Da pflichten wir ihr vollständig bei, denn die erwerbslosen Seeleute pfeifen heute auf Kommissionsverhandlungen und wohlwollende Versprechungen, bei denen die Taschen der heutigen Reeder und der Regierung leer sind. Sie wollen Laten anstatt Worte sehen und sind nicht damit zufrieden, daß man ihnen weiter Seine ansaht Brot reicht.

Der letzte Börsenbericht der „Hansa“ ist übrigens in mehr als einer Hinsicht interessant. Es wird darin von einer Kauffe im Schiffahrtsaktienmarkt berichtet, der an

die besten Zeiten der wirtschaftlichen Hochkonjunktur erinnert. In der „Hansa“ schreibt „Mercurius“ dazu u. a.: „Mit den Anteilen der deutschen Kolonialgesellschaften wurden auch die Aktien der Schiffahrtsgesellschaften wieder besonders lebhaft gehandelt, wobei in Ermangelung sachlicher Gründe (11. D. Red.) noch immer das Interesse des Auslandes als Anregung dienen muß.“ Dr. Stübmann wird gut daran tun, sich bei seinem Freunde „Mercurius“ zu erkundigen, ehe er aufs neue seine Weisheit in der Bürgerschaft verzapft. Im übrigen möchten wir aber nochmals die Frage an die Reichsregierung richten, wann dieser Landesverräterische Schacher mit dem Auslande aufhören soll. Wir erleben dadurch in der letzten Zeit das seltsame Schauspiel, daß die deutsche Valuta ins Bodenlose sinkt und gleichzeitig an den deutschen Börsen die Kurse wichtiger deutscher Werte steigen. Durch die niedrige Gestalt der deutschen Valuta wird es dem Auslande möglich gemacht, die gediegensten deutschen Werte zu enorm billigen Preisen an sich zu bringen, wovon es unter der Protektion der „Erzschlauberger“, die über die Geschichte unserer Volkswirtschaft verfügen, in ausgiebigstem Maße Gebrauch macht. Wird dieser Schieber-Schwindel weiter betrieben, so sinken unsere Schiffahrtsgesellschaften zu stillen ausländischer Unternehmungen herab. Man braucht kein Professor der Volkswirtschaft zu sein, um sofort begreifen zu können, daß diese Schieber ein großes Interesse daran haben, unsere Valuta möglichst niedrig zu halten. Ob die große Masse des deutschen Volkes dadurch schwer in Mitleidenschaft gezogen wird, ob die Armeen der Armen hungern, frieren und darben, ist diesen Herrschenden gleichgültig. Sie lassen die Seltprospen klingen und stoßen mit ihren ausländischen Komplizen an zu einem Profit auf die „Schieber-Republik“ und die Tummheit der Massen, die den Tanz bezahlen müssen. Wenn der Tag der Abrechnung kommt, werden die deutschen Steuerzahler ihr blaues Wunder erleben. Dann haben sie den ausländischen Aktionären Entschädigung für die Schiffe auf Basis einer Valuta zu bezahlen, die von deutschen Schiebern unter den Auspizien eines beispiellos dastehenden Landesverrats so heruntergedrückt ist, daß der Liquidationswert der Aktien himmelhoch steigen muß. Der Verkauf deutscher Schiffe und deutscher Schiffahrtsaktien an das Ausland ist durch die Gesetzgebung verboten. Wie kommt die Regierung dazu, dieses Verbot zu gestatten?

Auffallend war wieder in der letzten Zeit die sprunghafte Höherbewertung der Aktien der Deutschen Ostafrika-Linie, die auf im Zusammenhang mit dem Erwerb der Heeresdampfer stehende Manipulationen des bekannten Großindustriellen und Reeders Sinnes zurückzuführen ist. Die Angestellten der Heeresdampfer liegen nach wie vor auf der Straße. Ihre Verbände haben gegen die Regierung Klage eingereicht. Das ist eine „cause celebre“ für unsere Juristen, denen es sicherlich an Winken von oben nicht fehlen wird.

Die Aktien der Bugfischer-Reederei und Vergnügungs-Gesellschaft machten an einem Tage (3. Oktober) den niedlichen Sprung von 60 Proz. in die Höhe. Die Deffentlichkeit schweigt über die Gründe; gut unterrichtete Kreise, die kräftig zugegriffen haben, wissen aber davon zu berichten, daß die Gesellschaft ein Bombengeschäft dabei machen muß, daß einige ihrer großen Seeschlepper im Auftrag des Reichsmarineministers nach Chile fahren, um die dort infolge der Feindzeit von den deutschen Besatzungen ausgeführten Sabotage-maßnahmen fähigen liegenden großen deutschen Schiffe nach Europa zu schleppen. In diesem feinen Geschäft sind auch noch andere große Schiffahrtsgesellschaften, die starke Schlepper besitzen, beteiligt. Die ganze Unter-

nehmung macht einen etwas mysteriösen Eindruck und erweckt in Fachkreisen neben gelindem Kopfschütteln den Verdacht, daß wir auf diese Art möglicherweise unsere besten und modernsten Seeschlepper an die Entente in unaufrichtigerweise abliefern. Es erscheint doch etwas unwahrscheinlich, daß diese großen und zum Teil beladenen Schiffe den weiten Weg über den Ozean nach Deutschland geschleppt werden sollen, während Reparaturarbeiten an der amerikanischen Küste in genügender Anzahl vorhanden sind.

In den Kreisen der stellungslosen Kantiler ist große Erregung darüber entstanden, daß, wie die „Hansa“ erfahren haben will, verschiedene dieser Schlepper mit früheren Angehörigen der Reichsmarine besetzt werden sollen. Das ist wieder eine reichlich starke Maßnahme der Regierung, wenngleich auch wohl anzunehmen ist, daß simple Handelskaptane ebenfalls mitfahren werden, die diese unerfahrenen und für einen solchen Zweck gänzlich unbrauchbaren Kriegsdampfer-Offiziere bei den Hochschiffen halten sollen, damit sie keine Dummheiten machen. „Wann ist uns, daß man einem älteren erfahrenen Kapitän 750 Mk. pro Monat für diese einen ganz erflachten Seemann erfordernde Arbeit angeboten hat. Die „Hansa“ ist boshaft genug, diese Sabotage des Beweises der Handelskapitäne „unlauteren Wettbewerb“ zu nennen. Sollte das nicht kleinlich sein? Wenn solche Niesensprüche abfallen, kann man doch ein paar „Stellungslose“ Marineoffiziere als Ballast mitnehmen, ganz besonders wenn die hohen Herren von der S. V. A. das befrworten.

Der Generalstreik der Seeleute ist endgültig beendet worden, nachdem die Fischdampfer-Mannschaften sich unter das Schlepptau des Transportarbeiter-Bewusstseins gebeugt und diesem die Vertretung ihrer Interessen übertragen haben. Im D. S. V. waren bisher 23, im D. S. A. 362 von den Fischdampfer-Mannschaften organisiert. Wenn diese 362 Mann jetzt Volkswacht voraus auf Paul Müller losgelassen werden, so wird ihm das die Vertretung der Interessen der Reeder im D. S. V. wesentlich erschweren. Wir haben das dumpfe Empfinden, daß Paul Müller noch den Tag versuchen wird, an dem er diese Geister gerufen hat. Der lachende Dritte wird bei dieser Geschichte wahrscheinlich der D. S. V. sein.

Als ein besonders beachtenswertes Zeichen der Zeit muß es betrachtet werden, daß im Interesse der Fischdampfer-Mannschaften die Demokratische Partei zum Schutze gegen diesen unerhörten Verstoß gegen das Koalitionsrecht angerufen worden ist. Das ist eine Blamage für die Mehrheitssozialisten, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. Wie weit diese Vergewaltigungspolitik der Mehrheitssozialisten im Verein mit dem D. S. V. geht, erhellt daraus, daß die Fischdampfer-Mannschaften unter Aufsicht eines durch den D. S. V. von dem Arbeitsamt angeordneten Kontrollen ihre D. S. V.-Mitgliedsbücher abgeben und in den D. S. V. eintreten müssen, sonst bekommen sie von dem paritätischen Heuerbüro keine Stellung. Die D. S. V.-Genossen arbeiten also nach der Methode: „Wißt du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir den Schädel ein.“ Durch dieses Verfahren beweisen sie, daß sie abgewirtschaftet haben und mit ihrer Moral auf den Hund gekommen sind.

Die Arbeitsgemeinschaft der Kapitäne und Schiffsoffiziere hat in letzter Woche mit dem Reichszentraler und anderen hohen Herren in Berlin verhandelt. Ihre Vertreter sind mit einem großen Satz voll Versprechungen ohne positives Ergebnis zurückgekehrt. Durch ihr Auftreten hat die Arbeitsgemeinschaft in letzter Zeit nur erreicht, daß die Regierung von diesen Trägern der staatlichen Ordnung keinen energischen Druck befürchtet und daher sicherlich keine Eile haben wird, über ihre unfruchtbare wohlwollende Politik hinauszugehen. Da sich anlässlich des Seemannsstreiks gezeigt hat, daß diese staatsverachtenden Stehfragenproletariate sogar aktiv sind, Streikbrecherdienste zu leisten, selbst den Mannschaften unbehaglich werden, liegt es naturgemäß im Interesse der

## Die im Schatten wandeln.

Skizze von E. Köhner, Hamburg.

(Nachdruck nur mit Erlaubnis des Verfassers gestattet.)

Eisig legte der Oktoberwind durch die Straßen, fauchend und pfeifend raste er um die Ecken, an Fenstern, Türen und Laternen rüttelnd, daß die Scheiben klirren. Hochwachtend trieb er seinen graufigen Unflug mit den wenigen, eisigen ihrem schließenden Heim zuströmenden Passanten, welchen er den mit Schnee und Eis vermischten Regen einermweise in Gesicht und Nacken schleuderte, daß die Haut schmerzte und brannte, als ob sie von tausend kleinen, scharfen Glasplittern zerflissen worden wäre.

Nach einem achtsündigen Marsch auf der Landstraße bei diesem Wetter erreichte Fritz Reimer mit seinen Reisegepäck, dem lahmen Tischler Paul Werner, die Großstadt. In sich zusammengetrocknet, als ob sie sich vor sich selbst verfluchen wollten, die Hände tief in den Taschen, ihre wenigen Habsgüter in ein Bündel geschnürt auf dem Rücken, so schritten sie durch die Straßen.

Beide schwiegen. Mit bis auf den letzten Zahn durchnähten Lumpen auf dem Leibe, mit leerem Beutel und knurrendem Magen — was hätten sie sich da wohl noch groß unterhalten sollen? Die Kälte troff ihnen aus allen Eden und Falken der auf dem Körper lebenden Kleidung, während eisige Schauer ihre Glieder schüttelten.

So tapfer sie auch ausschritten, vermochten ihre Körper doch nicht diejenige Wärme zu entwickeln, welche nötig war, dem Schüttelfrost Einhalt zu gebieten.

„Ist es noch weit?“ fragte Fritz seinen Gefährten.

„Ne halbe ... dreiviertel ... vielleicht noch 'ne ganze Stunde. Ich weiß es nicht genau.“

„Du warst doch aber bereits einmal hier?“

„Ach, das ist schon ein paar Jahre her.“

„Kündest du dich dann noch hier wieder zurück?“

„Ich glaube doch ... wenn wir man erst auf dem Alexanderplatz sind.“

Nun versanken beide wieder in ihr vorheriges Schweigen, indes sie gegen den Wind ankämpfend, ihre letzte Kraft zusammenraffend rüstig weitertritten.

Unausfallsam stieß der kalte Regen nieder, und bei jedem ihrer Schritte quetschte und platschte es in ihrem beschleppten Fußzeug.

In den Straßen wurden jetzt die Laternen angezündet, und Fritz Reimer zählte in Gedanken die Sekunden der Pausen, welche verstrichen, bis wieder eine neue Flamme aufleuchtete. Unausgesetzt starrte sein Auge voraus, die schmerzgerote, blaue, flimmernde Straße entlang, die immer noch kein Ende nehmen wollte.

„Wir müssen etwas mehr ausschreiten,“ nahm der Tischler jetzt wieder das Wort, indem er sich mit der Hand das vom Kopfe riesende Wasser aus den Augen zu wischen versuchte. „Nach sieben Uhr werden wir nicht mehr aufgenommen.“

Ein Seufzer von Fritz Reimers Rippen war die einzige Antwort auf die Worte Berners.

Wie aber alle Dinge in der Welt einmal ein Ende haben, so neigte sich auch die Wanderung der beiden Bundesgenossen ihrem Schlußpunkt entgegen.

Nachdem sie noch mehrere Straßen kreuz und quer passiert hatten, standen sie plötzlich vor einem großen, roten Gebäude.

Es war das Asyl ... die letzte Zufluchtsstätte der Obdachlosen.

Wie von einem Alp befreit aufatmend, schritten Fritz Reimer und Werner über den großen Hof. Dort, hinter jener Tür, sollten Schutz, Erquickung und Ruhe den von allem Erdenglück Verlassenen und Verstoßenen winten?

Fritz überkam ein Gefühl, welches gar nicht recht zu der bisher gehegten Hoffnung passen wollte; denn es bestand aus einem Gemisch von Furcht und Verzweiflung, Ekel und Grauen. Das wendete sich auch nicht zum Besseren, als sie jetzt die Tür öffneten und hineinschlüpfen ... hastig, scheu ... wie vor etwas Fiebigem ... etwas, das mit unsichtbaren Krallen sie zu umschließen und zurückzudrängen drohte. Eine schmale, aber sehr hohe Halle, spärlich erleuchtet von dem trüben Schein einer Laterne, welche an der Wand an einem Nagel hing, umschloß jetzt die beiden müden Erdenbürger ... umschloß sie wie all die anderen Elenden, die Armeen der Armen, welche nichts hatten, wo sie ihr Haupt zur Ruhe betten konnten und nun hier auf Einlaß harrten.

Fritz Reimer tauchte mit seinem Gefährten unter in der wogenden, murmelnden Masse der Wartenden. Sie waren jetzt nicht mehr zwei einzelne, vom Unglück, den Schlägen des Schicksals verfolgte Kreaturen, sondern nur ein Atom, ein kleiner winziger Bruchteil von dem durch die Verhältnisse hier zusammengedrängten, großstädtischen Massenelend.

Hier stand mit hohlem Auge und bleicher Wange die in Lumpen gehüllte, bittere Armut. Die vom Schicksal an den Abgrund geschleuderte Menschheit neben dem zynisch lächelnden Laster ... die im harten Kampfe um das Dasein von den Wogen des Lebens an den Strand Getriebenen, Schalter an Schulter mit den Büchern eines grenzenlosen Reichs. Vom Säugling aus der Mutter Arm bis zu dem bereits mit einem Fuß im Grab stehenden Greise — alle waren hier in Eintracht versammelt; denn alle umschlang das eine, gleiche Band — das Elend.

Ja, elend waren sie alle, die hier standen ... elend an Leib und Seele.

Wie laut und deutlich redeten nicht die Blick der meisten der hier Harrenden von diesem Elend ... vorwurfsvoll, anklagend, verzweifelt. In manchem Auge aber glühte und loberte es wie von Haß und Wut, wenn es über die hier zusammengedrängte Masse beriet, die zitternd und frierend auf Einlaß warteten, hinweggalt — von brennendem Haß und unterdrückter Wut gegen jene Mächte, die Kraft ihres verdammenwertigen Systems all dieses Elend verschuldeten.

Endlich wurde die kleine, an der Seite innerhalb der Halle befindliche Tür geöffnet. Nun kam Bewegung in die bisher fast starre Menge. Erst ein Aufstehen der Erlösung, ein Biegen und Wogen der Körper, dann ein beinahe gleichmäßiges Vorwärtsdrängen nach der Tür, hinter welcher Wärme, Ruhe und Erquickung die Obdachlosen erwarteten. Jeder wollte der erste, keiner der letzte sein, dem Jammer draußen zu entfliehen, um für ein paar kurze Nachstunden im Schoße des Asyls unterzukommen ... Vergessen zu suchen von allem Erdenselb des grauen Tages.

Ein Schub nach dem anderen verschwand hinter der Tür, die sich von nun an in fast regelmäßigen Pausen öffnete und wieder schloß.

Endlich gelang es auch Fritz Reimer und seinem Gefährten mit hindurch zu schlüpfen.

Ah, welch wohlthuende Wärme schmiegte sich hier lieblosend um ihre fast erstarren Glieder.

Fritz hatte aber keine Zeit, jetzt philosophische Betrachtungen anzustellen über den Unterschied zwischen hier und draußen, denn er befand sich vorläufig noch im Aufnahmestadium und da war so mancherlei, was seinen Gedanken eine andere Richtung gab. Es war ein langer, schmaler Raum mit nur einem Fenster. Das fiel aber jetzt eigentlich gar nicht weiter auf, da es dicht verhängt war und im

Regierungs- und Bundespolitik, diese erwerbslose Arbeiterbewegung so lange wie möglich unter dem Druck wirtschaftlicher Not auf Artus gefügig zu halten.

## Generalversammlung des Metallarbeiter-Verbandes.

Stuttgart, 16. Oktober 1919.

In der Vormittags-Sitzung des vierten Tages wird folgende Entschliessung angenommen:

„Die 14. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes spricht allen zurzeit im Kampfe lebenden Kollegen ihre Sympathie aus und versichert, ihrerseits alles zu tun, um diese Kämpfe zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Die Generalversammlung erblickt in den der Arbeiterschaft aufgezwungenen Kämpfen den planmäßigen Versuch, die Arbeiterschaft zu willkürlichen Ausbeutungsobjekten zu machen und die Organisation der Arbeiter zu zerschlagen. Diese Absichten zu verhindern, ist die Generalversammlung fest entschlossen.“

Die Generalversammlung erhebt auch den schärfsten Protest gegen alle von Organen der Regierung oder sonstigen Behörden erlassenen Maßnahmen, die geeignet sind, die gesetzlich gewährleisteten Rechte und Freiheiten des Volkes zu beschneiden und den Absichten der Unternehmer gegen die Arbeiter Vorstoß zu leisten.

Insbondere verurteilt die Generalversammlung das Verbot und die gewaltsame Sprengung der Berliner Gewerkschaftsversammlungen, sowie die Verhinderung der Herausgabe der Publikationsorgane der Berliner Metallarbeiter.

Als nächste Maßnahme wird die Generalversammlung unter entsprechender Erhöhung der Beiträge die Streikunterstützung erneut festsetzen. Des Weiteren wird die Generalversammlung alles versuchen, der geschlossenen Front der Unternehmer die geschlossene Front der Metallarbeiter gegenüberzustellen und richtet deshalb an alle Metallarbeiter das Ersuchen, sich reiflich dem Deutschen Metallarbeiterverband anzuschließen.

Die Generalversammlung fordert alle im Kampf stehenden Kollegen auf, geschlossen auszubarren, bis alle reaktionären Pläne der Unternehmer abgeschlagen sind.“

### Die

Nachmittags-Sitzung des vierten Tages beginnt mit einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über den Vorstandsbericht. In einer groß angelegten Rede tritt als erster Oppositionsredner D i h m a n n-Frankfurt a. M. der vom Vorstand während des Krieges und nach der Revolution getriebenen Politik entgegen. Die Generalversammlung müsse dafür sorgen, daß der Metallarbeiterverband zu einem Organ des Klassenkampfes umgestaltet werde. Sein Ziel müsse sein, die Überwindung des Kapitalismus, die wirtschaftlichen Verhältnisse, die der Krieg geschaffen, drängen mit aller Macht dazu. Die Taktik des Verbandes müsse ganz auf das weltgeschichtliche Ringen zwischen Sozialismus und Kapitalismus eingestellt werden. Wir leben heute in einem Zeitabschnitt, in dem Wochen und Monate die Bedeutung von Jahren und Jahrzehnten erlangen. Trotz alledem dürfe aber der Kampf des Tages nicht verkommen. Auf den Vorstandsbericht übergehend, bemerkt D i h m a n n: „Der Vorstand habe es nicht verstanden, seine politische Taktik auf die historischen Notwendigkeiten einzustellen. Bis zum völligen Zusammenbruch habe er die imperialistische Kriegspolitik, die Politik der Vaterlandsverteidigung, des Burgfriedens und der Mißbilligung der Streiks mitgemacht. Nach Ausbruch der Revolution habe der Vorstand seine verkehrte politische Taktik des Anpassens und Einfügens in den Kapitalismus, der Ausgleichung der Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit konsequent fortgesetzt, was seinen sichtbaren Ausdruck in der Beteiligung an der „Arbeitsgemeinschaft“ finde. Der enge Bund mit den bürgerlichen Parteien, der während des Krieges geschlossen wurde, nicht aufgegeben, sondern noch fester gefügt.“

Alle alten Mächte sind heute wieder verbunden, um das revolutionäre Proletariat mit allen Mitteln niederzuhalten. D i h m a n n bespricht sodann die Stellung der

übrigen mehrere große Gaslampen nicht genug spendeten, um alles taghell zu erleuchten.

In den fensterlosen Wänden standen hohe Regale, überfüllt mit Büchern und Akten. Der vordere Teil des Zimmers war durch eine Barriere von dem hinteren, größeren, getrennt.

Dort saß an einem Tisch ein Beamter, der anscheinend in mechanisch gleichgültiger Weise die Papiere der Obdachlosen prüfte... immer der Reihe nach... eines nach dem anderen.

Obwohl Friß nun zwar ein ganz umfangreiches Päckchen dieser von dem Beamten so sehr begehrten Schriftstücke besaß, war ihm doch nicht gerade besonders wohl zu Mute bei dieser Unternehmung. Das kam aber daher, weil er sah, wie widerlich liebevolles Innigkeit diese Ausweise über Eigenschaften, Fehler und Vorzüge des einzelnen Individuums behandelt wurden... weil er sah, daß bei einigen die Vorzüge wohl nicht klar erkennbar waren... den Fehlern nicht die Wage hielten und deshalb zur weiteren Schürfung der Polizei übergeben wurden. Daß der Eigentümer oder augenblickliche Inhaber solcher verdächtigen Empfehlungsbriefe mitwanderte, ist logisch.

Friß Meiners Unruhe war aber ganz grundlos; seine Papiere waren in tadelloser, polizeilich erwünschter Ordnung.

Als der Beamte alle durchgesehen und dann die Personalien eingetragen hatte, durfte Friß sich in die Obhut eines Wärters begeben, welcher ihn nach dem Baderaum führte.

Nur seinem Reisegefährten schloßen sich ihm noch ungefähr zehn andere an.

Das Badezimmer war ein langer, schmaler Raum, in dessen Mitte von der Decke herab zwei Reihen Duschen hingen. Eine hohe Bretterwand teilte den Raum der Länge nach in zwei Hälften.

Schon sah es hier nicht gerade aus. Der Fußboden glitzerte einem rüchigen See, und die Wände, an welchen die triebenden Handlanger hingen, mit denen sich bereits so und soviel Menschen abgetrocknet hatten, waren grau von Schmutz.

Eine scharfe, widerliche Atmosphäre lagerte in dem Zimmer, verursacht durch die körperlichen Ausdünstungen der badenden Menschen und wasser, langsam trocknender, schmutziger Bekleidungsstücke.

Lumpenproletariat-Geruch. (Schluß folgt.)

Opposition während des Krieges. Unsere Parole war: „Krieg dem Kriege, fort mit dem Burgfrieden und Treue dem internationalen Sozialismus!“ Die Richtigkeit der Haltung der Opposition auf der 13. Generalversammlung des Verbandes ist glänzend erwiesen worden. Millionen Menschen und unermeßliche Werte hätten gerettet werden können, wenn man durch unsere Taktik dem Kriege ein früheres Ende bereitet hätte. Gegen Reichel meint D i h m a n n, daß auch selbst dann, wenn große Massen sich während des Krieges dem Verband angeschlossen hätten, der Vorstand doch nicht von seiner für das Proletariat so unheilvollen Politik abgesehen hätte. (Lebhafte Zustimmung!) weil alle Gewerkschaftsvorstände auf die Kriegspolitik festgelegt waren. Heftige Angriffe richtete D i h m a n n gegen die Haltung der „Metallarbeiter-Zeitung“, die unentwegt die Durchhaltepolitik gepredigt habe. Er gibt einige Stichproben davon, bei welchen Reichel zustimmend nicht, worauf D i h m a n n feststellt, daß noch heute der gleiche Geist Vorstand und Redaktion beherrsche. (Lebhafte Zustimmung.) Nunmehr kommt er auf ein tieftrauriges Kapitel zu sprechen. Er zeigt, wie ein großer Teil der Beamten des Verbandes während des Krieges mit den Generalkommandos Hand in Hand gearbeitet habe. Gerade zu erschütternd wirkt es, als er darlegt, wie alle gewerkschaftlichen und sozialistischen Grundsätze niedergestampelt wurden und versucht wurde, alle die, die diese Grundsätze hochhielten, unschädlich zu machen und belegt dokumentarisch das feige und erbärmliche Denunziantentum der Leipziger Verbandsbeamten. Es sei tieftraurig, daß er gegen alle Kollegen, mit denen er jahrzehntlang gekämpft habe, derartige Angriffe richten müsse. D i h m a n n kommt dann auf die Novemberrevolution zu sprechen und sagt: „Die Arbeiterklasse hatte die volle politische Gewalt, die sie heute nahezu ganz wieder verloren hat. Sie wieder zu erobern und zu befestigen, muß heute die vornehmste Aufgabe sein. Die in der Diktatur des Proletariats konzentrierte Macht ist allein berufen und imstande, den Sozialismus durchzuführen. Heute will man den ohnmächtigen Kapitalismus durch die Arbeitsgemeinschaft wieder befestigen.“ Die weiteren Ausführungen D i h m a n n sind dem Nachweis gewidmet, daß Deutschland völlig reif zum Sozialismus sei. Deshalb müsse jedes Partieren mit den kapitalistischen Parteien und jede Beteiligung an den Arbeitsgemeinschaft ausgeschlossen sein. Der Klassenkampf müsse in aller Form weitergeführt werden. Der Jahresstag der Revolution wird eine große Enttäuschung sein. Noch kein Schwereisen ist bis heute sozialisiert. Die Kapitalisten treten frecher auf denn je. D i h m a n n schließt unter klärendem Beifall mit dem Wunsch, daß sich die Arbeiterschaft zu dem letzten entscheidenden Ringen gegen den Kapitalismus recht bald auf der alten revolutionären Kampflinie finden möge.

### Fünfter Verhandlungstag.

Der heutige Tag begann mit einem Korreferat von Nummer. Die Debatte über den Vorstandsbericht wird sehr sachlich geführt. Alle Redner sind sich der großen Verantwortung bewußt, die auf ihnen ruht. Nummer entwickelt zunächst ein Bild der zusammengebrochenen Wirtschaft. Der Sozialismus stellen sich in der Praxis große Schwierigkeiten entgegen, insbesondere auch deshalb, weil wir kein Vorbild haben und nur aus Eigenem schöpfen müßten.

Nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die kritischen Vorbedingungen müssen für die Sozialisierung vorhanden sein. Das erste, was in Angriff genommen werden muß, ist die Schulung der Betriebsräte. Die Früchte der Sozialisierung werden erst unsere Kinder ernten. Die Schreibweise der „Metallarbeiter-Zeitung“ sei ledern. Die Wirksamkeit sei gleich Null. Alle Meinungen müssen bar in Worte kommen, auch wenn einer einmal eine dumme Idee habe, sei es doch wenigstens einmal eine Idee (Zustimmung). Für schriftstellerischen Erfolg müsse gesorgt werden. Der „Zeitgeist“ müsse in anderer Form wieder erscheinen und so geleitet werden, daß er zu einem Nachschlagewerk für die Kollegen werde.

Für die Wahlen zur Generalversammlung fordert er die Verhältniswahl. Der neue Vorstand müsse nach den Grundsätzen der Demokratie handeln, was nicht bedeute, die Massen zu umschmeicheln, sondern ihnen gegebenenfalls die Wahrheit zu sagen.

Schließlich appelliert er an die Einigkeit, bleibe diese gewahrt, dann werde dem Verbandsstag geschichtliche Bedeutung zukommen.

Schäfer-Weitz polemisiert gegen die Bevollmächtigten-Konferenz vom Juni. Er legte eine Menge Dokumente darüber vor, wie Verbandsbeamte während des Krieges mit Demunziationen gegen die kriegsgegnereischen und revolutionären Arbeiter gearbeitet haben.

Er verteidigt die russische und ungarische Sowjetrepublik. In Deutschland wäre der Klassenkampf auf dem Altar des Kapitalismus geopfert worden.

Nummer sagt, daß die „Metallarbeiter-Zeitung“ nicht ledern sei, nein, sie ist gegenrevolutionär. Weber-Offenbach: Wären die Proletarier einig gewesen, hätten wir die Mehrheit in der Nationalversammlung und stände alles heute ganz anders. Er tritt für die Einigung auch in politischer Hinsicht ein.

Wenschel-Kenschel schildert den Eindruck, den die Kriegspolitik der Generalkommission auf die Frontsoldaten gemacht habe, er sei ein niederschmetternder gewesen. Die deutsche Regierung habe die meiste Schuld am Kriege. Was die feindliche Besatzung anlangt, sei diese noch nie so schlimm wie die deutsche in Belgien gewesen.

S a a s-Röhl sagt, eine Befreiung der russischen Taktik hätte die vollständige Befreiung durch die Entente zur Folge gehabt. Er zitiert Kautskys neues Werk gegen den Terror.

Er verteidigt die Kriegspolitik als Verteidigungsmassnahme und ist gegen den „Terror“, den man gegen den alten Vorstand anwenden wolle. Nicht nach Sozialismus, sondern nach Brot schreie das Volk. Auch die Brutalitäten Noskes sucht er zu verteidigen.

L o s s-Berlin: Die Führer müssen das Vertrauen der Massen haben, gleichviel welcher Richtung sie angehören mögen. Mit Nummer ist er der Meinung, daß das Bildungswesen gefördert werden muß, mit unangefüllten Köpfen könne man die Sozialisierung nicht vornehmen. Wenn auf Kautsky verwiesen werde, so sei zu erwidern, daß noch kein Anfang mit der Sozialisierung gemacht sei.

T h o m a s-Moiz sagt, D i h m a n n habe eine politische Agitationsrede gehalten und verteidigt die Kriegspolitik der Gewerkschaften damit, daß 1916-1917 das deutsche Volk noch kriegsbegeistert gewesen sei. (Lebhafte Widerspruch.) Gegen D i h m a n n wendet er ein, daß er nach dem 9. November nicht bemerkt habe, daß der Kapitalismus betäubt gewesen sei, was lebhaften Widerspruch hervorruft. Das Spielen mit der Diktatur des Proletariats begünstige die Lösungsbestrebungen vom Reiche.

Kollegin Menzel beklagt, daß von 200 000 weiblichen Mitgliedern nur drei weibliche Delegierte anwesend sind und führt Klage, daß das Verständnis der Kollegen für die weiblichen Arbeiter noch immer zu wünschen übrig lasse.

Legien (Generalkommission) bemerkt, daß der Zwist auf der Generalversammlung sehr alt sei, daß schon vor 25 Jahren die Politisierung der Gewerkschaften versucht wurde, die Gewerkschaften haben immer im Sinne des Sozialismus gearbeitet. Legien verteidigt nach jeder Richtung hin die Kriegspolitik. Die russische Waise mußte aufgehalten werden, ohne dieses Werk der Verteidigung hätten wir keine russische und deutsche Revolution erlebt. Die Konferenz am 2. August 1914 hatte nur den einen Zweck, Vorbringen zu treffen im Falle der Auflösung der Gewerkschaften, die beschützt werden mußte. Die Arbeitsgemeinschaft sei die logische Fortsetzung der Tarifpolitik, die Tarifpolitik habe erst den großen Aufschwung der Gewerkschaften gebracht.

D a n g e l-Düsseldorf wendet sich gegen die syndikalistischen Bestrebungen.

S p o r l e d e r-Hannover bespricht die Lohnverhältnisse der Schmiede, die einer dringenden Regelung bedürfen.

M e l c h e r-Stuttgart polemisiert scharf gegen den Vorstand, der Flugblätter gegen streikende Arbeiter ausgegeben habe. Die Arbeiter in den Großbetrieben wolle vom Vorstande nichts wissen. Er tritt für energische Sozialisierung ein.

S p i e g e l-Düsseldorf sucht die Angriffe D i h m a n n gegen ihn durch die Behauptung zu entkräften, daß er die Flugblätter des Generalkommandos nicht empfohlen sondern deren Verteilung den Verwaltungsstellen nur freigegeben habe.

M ü l l e r-Bremen wirft der Opposition vor, daß sie die Stellen der Rede D i h m a n n am meisten befaßt habe, die am „bürgerlichsten“ waren. (Schallende Heiterkeit.)

K ü m m e r-Essen polemisiert gegen die Tätigkeit Seberings als Reichskommissar und verlangt dessen Ausschluss aus dem Verband. Der Belagerungszustand, der eine Schmach sei, müsse aufgehoben werden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte über den Vorstandsbericht wird angenommen.

Hierauf wird in die Mittagspause eingetreten.

Die Nachmittags-Sitzung wird mit den Schlussworten des Korreferenten und des Berichterstatters Reichel angefüllt. Sämtliche Redner bringen keine neuen Gesichtspunkte mehr, sie sind im wesentlichen die zusammengefaßten Anschauungen und Grundsätze der ersten Reden.

Nummer als erster Schlussredner will wahrgenommen haben, daß die Opposition am wenigsten den Vorstandsbericht kritisiert habe. Entschieden wendet er sich gegen die von D i h m a n n vorgelegte Resolution, die die Politik, die der Vorstand während des Krieges und nach der Revolution getrieben hat, verurteilt.

Da diese Resolution eine Grundfaherklärung enthält, nach der der Metallarbeiterverband geleitet werden soll, erblickt Nummer darin eine notwendige Statutenänderung, zu der eine Zweidrittelmehrheit gehört. Er empfiehlt die Ablehnung der Resolution, denn sie macht es der Minderheit sehr schwer, die Falsche zu halten, auch unter den veränderten Verhältnissen (neuer Vorstand) mitzuarbeiten.

D i h m a n n erwidert, daß die Opposition sich nicht darauf beschränkt habe, Einzelheiten des Vorstandsberichtes zu kritisieren, wie etwa Bildungsfragen, Zeitfragen, „Metallarbeiter-Zeitung“, inneren Aufbau der Organisation usw., das sei selbstverständlich, daß das alles eine Erneuerung erfahren müsse. Die Opposition und insbesondere er habe sich in der Hauptsache mit den Grundausfassungen beschäftigt, mit der grundsätzlichen Richtung, nach der der Verband in Zukunft geleitet werden soll. Es handelt sich darum, den Verband wieder in die Bahnen des revolutionären Klassenkampfes zu bringen und die Politik aufzugeben, die lange vor dem Kriege betrieben wurde und abseits vom Klassenkampf notwendig zu der Kriegspolitik führen mußte.

Das Versprechen der Minderheit, nun auch unter den veränderten Verhältnissen mitzuarbeiten, halte er als ein selbstverständliches Gebot der Disziplin, das habe die Opposition auch stets getan. An der Resolution könne nichts geändert werden, sie bringe klar zum Ausdruck, was ist, und dürfe kein Kompromiß sein die jene Friedensresolution im alten Reichstage, aus der jeder etwas anderes entnehmen konnte. D i h m a n n stellt auch mit Nummer in den internationalen Berufsinteressen und Studienfahrten ein Mittel, internationale Beziehungen anzubahnen, vor allem aber müssen wir in unserem Metallarbeiterverband anfangen. (Lebh. Beifall.)

Reichel verteidigt nochmals die Politik des Vorstandes und weist alle Einwände und Anschuldigungen zurück. Gegen den schweren Vorwurf, daß der Vorstand Flugblätter gegen Streikende habe drucken lassen, verweist er darauf, daß die Druckerei des Verbandes von den Militärbehörden beschlagnahmt war und während der Abwesenheit des Vorstandes jene Flugblätter gedruckt worden seien. Durch energisches Eingreifen habe daraufhin der Vorstand die Druckerei freibekommen. Im Laufe seiner Ausführungen macht Reichel die Mitteilung, daß Alexander Schliche als Vorsitzender des Verbandes zurückgetreten sei. Schliche hat aus unbekanntem Gründen sich nicht mehr persönlich von der Generalversammlung verabschiedet, sondern dem Kollegen Reichel folgendes Schreiben zum Vorlesen gegeben:

Kolleginnen, Kollegen!

Nach 23jähriger Tätigkeit scheidet ich aus meiner Stellung als Verbandsvorsitzender. Ich tue dies mit gemischten Gefühlen, aber in Erfüllung meiner Pflicht. Daß mir der Abschied nicht leicht wird, brauche ich nicht zu erklären. Ich war dazu entschlossen, noch ehe die Mehrheitsverhältnisse der heutigen Generalversammlung feststanden. Die Entwicklung, die unser Verband genommen hat, machten es mir unmöglich, auch nur einen Teil der Verantwortung zu tragen, die das Amt des ersten Vorsitzenden verlangt. Ich scheidet in der Ueberzeugung, daß die jüngste Entwicklung des Verbandes unseren Mitgliedern nicht zum Vorteil gereicht. Nachdem aber das Wort die Macht über die Tat erungen hat, muß ich als aufrechter Mann, der zu sein ich mich stets bemüht habe, mich von Euch trennen. Ich bin überzeugt, daß die Arbeiterbewegung wie jede Volksbewegung etwaige Fehler aus sich heraus berichtigt. Sie hat das bisher getan mit großen Opfern. Diese zu vermeiden, war mein aufrichtiges Bestreben.

Wir bedürfen zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft jeder Kraft. Diese geht von der Arbeiterschaft aus und muß von ihr ausgeben. Darum ist die Einigkeit, die Geschlossenheit der Arbeiter erstes Gebot. Sie zu erreichen war mir stets vornehmste Aufgabe. Ihr entgegenzutreten schien mir stets als das größte Verbrechen an der Arbeiterschaft. Das ist es heute mehr denn je.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband ist mein Lebensinhalt. Die Vereinigung der Metallarbeiter, geistiger wie handarbeiter, ist mein Ideal seit einem Menschenalter. Den Gedanken in die Massen geschleudert, ihn konsequent verfolgt und gepflegt zu haben, ist und bleibt mir Genugung.

Kolleginnen, Kollegen! Ihr steht vor schweren Aufgaben. Nur Eure Einigkeit kann sie lösen. Wollt Ihr Euch Enttäuschungen ersparen, stellt Euch auf den Boden der Wirklichkeit. Laßt Euch nicht blenden durch Worte, schreiet nicht aus die Stimme der Erfahrung, die in der Verbandsleitung verlorren ist. Erschwert dieser nicht ihre Aufgabe. Beurteilt sie wie Euch selbst.

Die Gewerkschaftsbewegung ist ihren Weg zwangsläufig gegangen, sie wird ihn weiter zwangsläufig gehen. Sie zieht die führenden Geister in ihren Bann. An der Praxis zerfällt jede ihr fremde Theorie.

Als Gegner von Entschlüssen, denen die Macht zur Durchsetzung fehlt, habe ich stets vor ihr gewarnt. Das ist der Gegensatz in unseren Anschauungen. Ihn zu überbrücken, fühle ich mich zu schwach, besonders wo der Wille dazu zu fehlen scheint.

Darum trete ich in die Reihen der Mitglieder zurück, getragen von der Ueberzeugung, dadurch die der Metallarbeiterchaft so notwendige Einigkeit erhalten zu können. Alexander Schliche.

Reichel widmet Worte des Abschieds an Schliche, hob sein unermüdeliches Arbeiten unter den schwierigsten Verhältnissen für den Verband hervor. Das Verbandsstatut sei im wesentlichen Schliches Werk.

Der Kollege Brandes schließt sich durchaus Reichel an. Trotz aller grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten sei Schliches Wirken für den Verband unbestritten.

Dihmann sagt, daß es schwer halte, Abschiedsworte zu sprechen, ohne polemisch zu werden, da Schliches Abschiedsschreiben durchaus polemisch gehalten sei. Auch Dihmann widmet dem jahrzehntelangen Mitkämpfer Worte der Anerkennung und daß sein Verdienst unbestritten sei. Schliche sieht als ganzer Mann zu seiner Auffassung, wie auch wir zu unserer Auffassung stehen, die von seiner sehr weit auseinandergeht. Trotzdem reichen wir Schliche als Menschen und Kollegen die Hand zum Abschied.

Haas hätte gewünscht, daß einer der Redner im Namen aller Kollegen der Generalversammlung dem Scheidenden Kollegen Schliche Worte der Anerkennung gewidmet hätte. Haas hofft und wünscht, daß Schliche als Arbeitsminister weiter im Sinne der Arbeiterschaft wirken werde.

Er folgt eine Anzahl persönlicher Bemerkungen. Dem Hauptkassierer wird Entlastung erteilt.

Dihmann beantragt, eine Kommission einzusetzen, die ein Wahlreglement auszuarbeiten soll, das die Generalversammlung beschließen müsse, damit für die Wahlen keine Unregelmäßigkeiten vorkommen können.

Dieser Antrag wird von Haas entschieden bekämpft, mit der Begründung, daß dies eine Statutenänderung bedeute, wozu eine Zweidrittelmehrheit nötig sei. Nach längerer Wechselrede wird abgestimmt, es fehlen 20 Stimmen zu einer Zweidrittelmehrheit und wird ein Antrag Dihmann angenommen, daß die Generalversammlung den Entwurf zu einem Wahlreglement auszuarbeiten als Willensäußerung und dieser Entwurf dem Vorstande als Material dienen solle.

Hierauf wird die Sitzung vertagt. — Schluß 7 Uhr.

### Sechster Verhandlungstag.

Zur Verhandlung kommen: Die Arbeitsgemeinschaften und die nächsten Aufgaben der Organisation. Berichterstatter Zernide.

Zernide gibt einen geschichtlichen Ueberblick. Die Arbeitsgemeinschaften seien im Kriege entstanden. Ihre Vorläufer seien die Kriegsaussschüsse, die in Berlin zuerst ins Leben gerufen wurden mit der Zustimmung der Berliner Metallarbeiter. Nach Berlin sind dann Bayern und Württemberg gefolgt. — Diese Kriegsaussschüsse waren paritätisch zusammengesetzt und die Gewerkschaften verfolgten den Zweck, die wirtschaftlichen Interessen zu wahren. 1915 habe Schliche auf dem Verbandstage in einem Vortrage denselben Gedanken entwickelt und sei einstimmig beschlossen worden, diesen Vortrag in Druck zu geben. Der Vorwurf, daß der Vorstand Verrat begangen habe, sei deshalb hinfällig und unbegründet. Dieser Verbandstag habe damals bereits die Richtlinien des Vorstandes festgelegt.

Mit Regien ist er der Meinung, daß die Arbeitsgemeinschaften eine logische Fortentwicklung der Tarifverträge seien. Zernide zeigt an Hand einer graphischen Darstellung, die allen Delegierten vorliegt, wie die Arbeitsgemeinschaften sich aufbauen, und stellt das Rätesystem gegenüber und meint, daß den Arbeitsgemeinschaften der Vorrang gebühre, weil über das Rätesystem die Anschauungen auseinandergehen und die Arbeiterschaft auch noch nicht die politische Macht habe. Die anderen Ausführungen Zernides sollen den Nachweis erbringen, daß wir (Deutschland) nicht einen Teilsozialismus durchzuführen können, weil wir vollständig mit der Weltwirtschaft verknüpft sind. Seine Ausführungen fahrt er zusammen in einem Gedanken, daß der Verband aus dem Stadium der Agitation heraus sei und zur praktischen Arbeit zu schreiben habe, und hält die Arbeitsgemeinschaften als das einzige Mittel, das das deutsche Volk aus der Misere herausführen kann.

Richard Müller (Berlin) als Referent der Opposition gegen die Arbeitsgemeinschaften zitiert eingangs seiner Rede ein Wort Schliches: „Stellt euch auf den Boden der Wirklichkeit“ und fügt als Motto hinzu: „und verlaßt den Boden des Sozialismus nicht“. Er ist ganz der Meinung, was der Vorstand in seinem Bericht sagt, daß es keine Schonung der Unternehmergewinne geben darf und eine höhere Form der Gütererzeugung kommen muß. Das sind aber politische Machtfragen, und darum müsse unsere Organisation auf diesen Kampf eingestellt werden. Dazu seien aber die Arbeitsgemeinschaften, die den Kapitalismus zu verankern geeignet sind, kein geeignetes Mittel.

Wohl können Vereinbarungen mit den Unternehmern getroffen werden, aber das könne nur ein Waffenstillstand sein. Die Arbeitsgemeinschaften aber haben zur Grundlage, daß alle Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern durch die Vorstände resp. Gruppenvorstände geschlichtet werden, ohne Befragen der Arbeiter, wodurch das Streikrecht illusorisch gemacht werde. Es sei eine Ironie, daß die Arbeitsgemeinschaften ihre Satzungen dem Geiste nach von denen der gelben Verbände entlehnt haben. Die Arbeitsgemeinschaften haben die Steigerung der Produktion und Verhinderung von Störungen zum Programm und sollen schlichtend und ausgleichend zwischen Kapital und Arbeit wirken.

Was der Förderung der Produktion dient, soll paritätisch geschehen, aber wo es sich um den Gewinn handle, höre die Arbeitsgemeinschaft auf. Die Unternehmer haben die Arbeitsgemeinschaft nur um ihrer Profitinteressen angezogen. Ihr liegt noch die ganze Wirtschaftspolitik der alten Regierung zugrunde, was besonders in der Programmrede Bauers vom 23. Juli zum Ausdruck komme. Wann ist die Idee der Arbeitsgemeinschaft entstanden? Am 11. November, zwei Tage nach der Revolution, berieten die Unternehmer in Düsseldorf im Stahlhof, wie der drohenden Sozialisierung begegnet werden könne, und sie versetzten auf den Gedanken, daß nur die Gewerkschaften helfen könnten; daraufhin sei in Berlin mit den Gewerkschaftsvorständen verhandelt und die Grundlinien festgelegt worden. Dabei haben die Unternehmer die gelben Gewerkschaften fallen gelassen mit der Begründung, daß sie durch Selbständigkeit die Erzeugerberechtigung zu erbringen haben. Dem wurde von den Vertretern des Metallarbeiterverbandes zugestimmt, was eine Anerkennung der Gleichberechtigung der Gelben bedeute. Darum nehme er (Müller) kein Wort seiner Berliner Resolution zurück. (Lebhafte Zustimmung.) Keine Arbeitsgemeinschaft, sondern Kampf, der der Motor aller Geschichte ist.

Müller tritt für einen Industrieverband ein, der alle Geistes- und Handarbeiter umfaßt. An Hand einer graphischen Darstellung zeigt er das wirtschaftliche Rätesystem. Er zitiert Nössel und sagt, daß die Nationalversammlung in der Geschichte bewertet werden wird, wie das Frankfurter Parlament von 1848. Wie das Unternehmertum jeden wirksamen Einfluß der Arbeiter zu unterbinden veruche, beweisen die Artänge in der Nationalversammlung, daß den Betriebsräten die Einsicht in die Bilanz verweigert werden soll. In diesem großen Kampfe gegen das Kapital müssen sich die Gewerkschaften von dem Fische der Kriegspolitik befreien. Am Schlusse legt er eine Entschlüsselung vor, die die ganze Frage der Arbeitsgemeinschaft und die Stellung der Gewerkschaften grundsätzlic klarlegt und schließt mit dem Rufe zur Befreiung des Kapitalismus. (Lebhafte Beifall.)

Kollege Domes aus Deutsch-Oesterreich, der abreisen muß, richtete noch einige Worte an die Generalversammlung und meint, daß er mit seinem Kollegen Biedenhofer es lebhaft bedauere, daß sie noch „Ausländer“ seien und an der Aussprache sich nicht beteiligen könnten. Er habe den festen Eindruck, daß die gepflogene Aussprache auf der Generalversammlung auseinanderführe. Statt einen gemeinsamen Kampfboden zu finden.

### Konferenz des Bezirkes Wasserfante.

am 19. Oktober 1919 in Hans' Gesellschaftshaus.

Anwesend waren 106 Delegierte, die 52 Orte vertraten. Die Mitgliederzahl ist zurzeit auf 42000 angewachsen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung „Stellung der Presse“ wurde von vielen Delegierten verlangt, daß ihre Orte in der „Hamburger Volks-Zeitung“ mehr vertritt werden sollten. In der Haltung der Zeitung wurde eine zwar scharfe, aber durchaus sachliche Kritik geübt. Genosse Verbo als Vertreter der „Volks-Zeitung“, besonders aber Verbo's Heute-Bremen zeigten in längeren Ausführungen die großen Schwierigkeiten, mit denen unsere jungen Zeitungsunternehmen zu kämpfen haben. Vergleiche mit bürgerlichen Blättern sind nicht am Platze, da diese riesige Redaktions- und Mitarbeiterstäbe zur Verfügung hätten. Ein Schlussantrag beendete die Debatte. Der Höhepunkt der Konferenz war das Referat über Steuerpolitik des Genossen Henke. In groben Umrissen sei das Referat hier wieder gegeben. Henke führte aus:

Steuerfragen lassen sich nicht schablonenmäßig erledigen. Hier entscheidet der Laiz des Sozialisten. Es muß untersucht werden, welche Steuer den Proletariat am meisten schädigt. An Steuern kommen heute etwa 3 Milliarden in Betracht. Ueberall, wohin wir blicken, droht uns unsere erbitternde Schuldlast. Es ist beabsichtigt, die Vermögenssteuer und Einkommensteuer vom Reich zu regeln. Die Frage, ob wir ein Interesse haben, den Kapitalismus zu halten, muß natürlich verneint werden. Leider läßt sich der Kapitalismus, der jahrhundertlang im Volke Wurzeln geschlagen hat, nicht im Handumdrehen beseitigen. Die Befreiung des Kapitals muß langsam in intensiver Tätigkeit von uns geschehen.

Die passive Resistenz ist kein geeignetes Mittel den Kapitalismus zu bekämpfen; wir würden am Ende dabei selbst verhungern. Der politische Massenstreik ist anwendbar, aber muß mit Vorsicht gebraucht werden. Die sozialistische Gesellschaft kann nicht auf einem Sandhaufen aufgebaut werden. Die sozialistische Gesellschaft kann nur die Fortsetzung der kapitalistischen Gesellschaft sein. Der Regierung machen wir in der Sozialisierungsfrage den Vorwurf, daß sie es an gutem Willen habe fehlen lassen. Auch wir sehen ein, daß die Sozialisierung sich nicht in acht Tagen einführen läßt. Wir sollen an den Fehlern, die in Rußland gemacht worden sind, lernen. Rußland ist trotz seiner Fehler in mehr als einer Beziehung weiter gekommen als wir.

Unser Wirtschaftskörper ist krank. Ohne Gesundung dieses Wirtschaftskörpers ist die Einführung des Sozialismus unmöglich. Wir müssen den Boden zur Gesundung mit bereiten. Das Parlament ist für uns kein Arbeitsmittel, es ist aber besonders von den Berlinern verkehrt, den Parlamentarismus abzulehnen. In den Ausschüssen der Parlamente wird die meiste Arbeit geleistet. Ich gebe zu, daß manche in dem Sumpfe des Parlamentarismus verkommen, wer aber ständig die Interessen seiner Klasse vor Augen hat, ist gegen diesen Sumpf gefeit. Vor allem aber können unsere Genossen dort manches lernen, das ihnen im Kampfe nützlich ist.

Unser Standpunkt in der Steuerfrage ist, die Steuern aus dem Mehrwert zu holen. Der Mehrwert ist bis jetzt in Milliarden von Mark in die Hände der Kapitalisten gelangt. Diese Summen müssen in Form von Steuern den Kapitalisten wieder abgenommen werden. Wir sind grundsätzliche Gegner der indirekten Steuern. Auch in der Gemeinde haben wir gegen diese Steuer aufzutreten.

Die Verzehrwachsteuer ist keine indirekte Steuer; obgleich man früher anderer Ansicht war. Der Arbeiter muß bis zu 25 Proz. seines Einkommens für seine Wohnung hergeben, der Kapitalist, der in Willen wohnt, kaum 6 Proz. In Steuerfragen ist immer von Fall zu Fall zu entscheiden.

Schwierig ist die Budgetfrage. Bis her war diese Frage eine Vertrauensfrage. Man wollte dem kapitalistischen Staate durch die Ablehnung ein Misstrauenstimmen ausstellen. Aber auch hier müssen die Genossen von Fall zu Fall entscheiden. Bei Ablehnung eines Budgets kann

der Staat ein Zwangsbudget einführen. Hier kann der Fall eintreten, daß ein bedeutend schlechteres Budget eingeführt wird. Es kann also der Fall eintreten daß auch Unabhängige für das Budget stimmen, in diesem Falle ist eine Erklärung abzugeben.

Vor Eintritt in die Diskussion wird die Redezeit auf 10 Minuten beschränkt.

Kalweit-Hamburg klärt den Hamburger Fall betreffs der Reichswehr auf. Heute hat die politische Lage geschildert, wie sie ist. Es ist verkehrt, eine illusionistische Politik zu treiben. Diese Politik kann sehr viel Unheil anrichten, da sie mit der Wirklichkeit im Widerspruch steht. Die Budgetfrage ist außerordentlich schwierig, mit dieser Frage muß sich der Parteitag beschäftigen.

Skjellerup-Bransfeld: Wenn Henke prophezeit die zukunftigen Dinge vorausgesagt hat, so sind diese Uebersetzungen vorsichtig aufzunehmen. Wer hat früher daran gedacht, daß das Rätesystem eine solch große Rolle spielen würde? Die Kapitalisten können wohl werkslose Papiere ins Ausland schleppen, aber nicht Werte, wie Grund und Boden. Wie wir in Bransfeld eine Besitzsteuer einführen wollen, erklärten die Besitzenden, Bransfeld den Rücken zu kehren. Auch in den Orten, wo wir die Mehrheit haben, dürfen wir den Massen keine abetreibenen Hoffnungen machen.

Bergmann-Hamburg: Heute hätte in seinem Referat mehr Gewicht auf die Steuerfragen legen müssen. Man soll an alle Dinge mit ruhiger Ueberlegung gehen. Es ist besser, einmal auf Beifall zu verzichten, als unerfüllbare Hoffnungen den Massen zu machen. — Wenn der Mehrwert besteuert werden soll, muß Mehrwert geschaffen werden. Dadurch, daß das Reich sehr hohe Steuern erhebt, bleibt für die Gemeinde nicht viel übrig. Dadurch werden unsere Genossen in den Gemeinden mit Schwierigkeiten zu rechnen haben. Alle gemeinnutzigen Betriebe in den Gemeinden müssen sozialisiert werden.

Popp-Hamburg: Die Dinge haben sich anders abgespielt, als wir alle wünschten. Damit müssen wir uns abfinden. Bei richtiger Ausnützung der Macht lat sich der Sozialismus auch durchführen, wenn der Kapitalismus nicht in allen seinen Zielen durchgeführt ist. Der Sozialismus kann uns nur aus diesem Schlamassel herausbringen. Wir können die Werften, die Bergwerke, die Kinos und viele andere Betriebe sozialisieren. Die Intellektuellen sind durchaus nötig. Die Arbeiter müssen sich aber die Kontrolle vorbehalten. Von unserer Partei ist keine Illusionspolitik getrieben worden. Die wirtschaftliche Revolution kann nur erfolgen, wenn wir die politische Macht haben.

Kieper-Altona: Das Kommunalisierungsgesetz ist leider noch nicht fertig. Man sollte alle Einkommen über 7200 Mark scharfer heranziehen. Durch passiven Widerstand leiden auch die kommunalen Betriebe. Die Kosten, die hieraus entstehen, hat die Arbeiterschaft selber zu tragen. Den Gaspreisen ist Aufmerksamkeit zu schenken. Die Gaswerke sollen keine Ueberschüsse erzielen. Redner wendet sich heftig gegen die Sabotage. Mit dem Verzicht von Werkzeugen schaffen wir den Kapitalismus nicht aus der Welt. Diese Unmoral kommt uns später sehr teuer zu stehen. In dem Kampfe gegen den Kapitalismus haben wir nicht nur mit Siegen, sondern auch mit Niederlagen zu rechnen, bis wir den Endsieg errungen haben. (Beifall.)

Mundt-Libek: Wir sollen unseren Genossen in der Nationalversammlung den Weg weisen. Nach der Nationalversammlung waren wir fertig mit der politischen Revolution. Unsere Aufgabe muß sein, die politische Macht zu erobern und das Rätesystem einzuführen. Die Demonstrationen haben nur vorübergehenden Erfolg, sie sind abzulehnen. Die politische Aktion ist zu empfehlen.

Zöller-Hamburg: Wenn die Kommunisten an der Mitarbeit teilnehmen, würde ihr Urteil in manchen Dingen anders sein. Wir müssen uns vor allem vor Augen halten, daß wir an Frankreich 465 Milliarden zu zahlen haben. In Henkes Rede war ein Widerspruch. Einmal preist er den politischen Streik als Waffe an, ein andermal sagt er, daß gearbeitet werden muß. (Zuruf Henkes: Ohne Arbeit zu leisten, kann doch nicht gefreit werden!) Eine Arbeiterschaft, die vollständig degeneriert ist, kann keine Revolution machen. Redner wendet sich gegen den passiven Widerstand im Arbeitsprozeß.

Gobede-Bransfeld: Solange wir auf dem Boden der Opposition stehen, brauchen wir nicht mitzuarbeiten. Wenn das Budget nicht zu unseren Guntzen aufgebaut ist, lehnen wir es ab. Unsere Wirtschaftsweise arbeitet dem Bankerott entgegen. Wenn wir an dieser Arbeit teilnehmen, werden wir für die Folgen verantwortlich gemacht. Bei Ausbruch der Revolution hätte das Geld außer Kurs gesetzt und Arbeitsbeschneidungen hätten eingeführt werden müssen.

Mühl-Hamburg: Heute hat als Parlamentarier gesprochen. Die Konsequenz der Henkeschen Rede war, die Betrieb in Gang zu halten, also die Kapitalisten zu stützen. Wie stellen wir uns zu der Arbeitslosenfrage, wenn die Sache abgehandelt werden. Wir treiben dem Geld zu. Der Selbstwirtschaft muß zu Leibe gegangen werden. Es muß ein Mittel daeagen gefunden werden.

In einem zweistündigen glänzend gehaltenen Schlußwort antwortet Genosse Henke den Diskussionsrednern. Unser Wirtschaftskörper ist total krank. Wir denken nicht daran, den Kapitalismus hochzupapeln, sondern wir wollen das Wirtschaftsleben nicht verkommen lassen. An der Tatsache, daß das Kapital fest im Sattel sitzt, kommen wir nicht vorbei. Wenn als Hindernis eine Wand von Stahl vor uns steht, sollen wir uns nicht den Schabel dagegen einrennen, sondern uns einen anderen Weg suchen, um um das Hindernis herum zu kommen. Redner wandte sich dann den Vergunungssteuern zu, die wir, da sie indirekte Steuern sind, ablehnen.

Zum Punkt Verschiedenes werden einige interne Fragen behandelt. Der Bezirkssekretar, Genosse Kalweit gibt bekannt, daß die Wahl der Delegierten zum Parteitag stattfinden muß (Urwahl). Auf 2500 Mitglieder ein Delegierter. Der Vorsitzende, Genosse Popp, schloß darauf gegen 5 Uhr nach einer anseuernden Ansprache die außerordentlich anregend verlaufene Konferenz.

### Aus dem Hamburger Staat.

Eingaben an die Bürgerschaft.

B. Der Eingaben-Ausschuß der Bürgerschaft hat über seine Tätigkeit berichtet. Die vielen Eingaben haben den Ausschuß überlastet, und er ersucht um Zurückhaltung. Der Ausschuß hat die erhaltenen Eingaben in fünf Gruppen geteilt: 1. Ungeeignet. 2. Inzwischen durch Beschlusse erledigt. 3. Uebergang zur Tagesordnung. 4. An einen anderen Ausschuß zu überweisen. 5. Uebersendung an den Senat a) als Material, b) zur Erwägung, c) zur

Berücksichtigung. Beachtenswert ist, daß 77 Eingaben, die die Lebensmittelpreise betrafen, nicht die notwendige Beachtung gefunden haben. Nach Meinung des Ausschusses ist hier kein öffentliches Interesse vorhanden, und das in einem Ausschuss, in dem die Rechtssozialisten die Mehrheit haben. Eine Eingabe, zwecks Verringerung der Wohnungsnot die Vordelle aufzuheben, fand ebenfalls keine Gnade, denn es wurde Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

## Aus Hamburg.

### Wohnungs-Not und Ueberfluß.

H.M. Inwiefern diese Gegensätze in Hamburg heute noch zutage treten, soll die nachstehende Schilderung darlegen: Die Hamburgerstraße, zwischen Humboldt- und Bachstraße, hat viele Hofwohnungen, sogenannte Terrassen, die zum Teil eng, ohne Licht- und Luftzufuhr noch sehr an die verdrängten Höfe der Altstadt ungeliebten Angedenkens erinnern. Früher standen die gesundheitswidrigen Behausungen größtenteils leer und unbewohnt, jetzt — bei der herrschenden Wohnungsnot — ist natürlich selbst der dunkelste Winkel vermietet. Häufig wohnen zwei oder drei Familien in so einer kleinen Hofwohnung. Besonders zu bedauern ist die heranwachsende Jugend, die sich in solch erbärmlichen Verhältnissen entwickeln soll. Nachschattengewächse, denen sicher einst der Kampf ums Dasein nicht leicht werden dürfte. Einen kleinen Vorteil haben die Bewohner der hinteren Quergebäude ihren Lebensgefährten voraus. Hier gehen die Fenster nach einem großen, parkähnlichen Garten hinaus, der zum Hausgrundstück Bachstraße 5 gehört. Viel tiefer liegen die „Terrassenbewohner“ allerdings auch nicht davon zu sehen, denn die „menschenfreundlichen“ Villenbesitzer pflanzen ihnen dicht vorm Fenster eine Reihe dichtstehender Kastanienbäume, um sich so den Anblick der „Armeleute-Wohnungen“ zu ersparen. Vielleicht fühlen sich jetzt die Terrassenbewohner veranlaßt, um dem fühlbaren Mangel an Heizmaterial etwas abzuwehren, die Bäume abzuholzen und das Holz den kriegenden Terrassenbewohnern zuzumachen zu lassen. Aber auch der Wohnungsnot könnten diese voraussetzlichen Wohlthäter erheblich abhelfen. Die ganze, aus Souverain und drei darüberliegenden bewohnbaren Stockwerken bestehende, sehr geräumige Villa wird von zwei oder drei älteren Personen und Bedienung bewohnt. Im Hintergrunde des Gartens steht ein zweistöckiges, sehr gut erhaltene Gebäude, das schon seit Jahren nur zum Unterbringen von Gerümpel benutzt wird und gänzlich unbewohnt ist. Nebenbei bemerkt ist dieses Hintergebäude von den anscheinend sehr menschenfreundlichen Villenbesitzern knapp einen Meter von den Terrassenwohnungen entfernt aufgeführt. Man kann sich dennach vorstellen, wieviel Luft und Licht dort noch hineinkommt. Villa und Nebengebäude können 15-20 Familien Unterkunft verschaffen, der Garten als Zummelplatz einem Hundert erholungsbedürftiger Kinder genügen. Wir hoffen stark, daß die Eigentümer zu diesem guten Zweck sich rechtzeitig schon freiwillig der zuständigen Behörde melden werden.

### Bürokratismus.

O—o. Wie wenig von der neuen Zeit in die muffigen Amtsstuben all unierer „tüchtigen“ Behörden gedrungen ist, dürfte allgemein bekannt sein. Es wird immer nach dem alten Schema weitergewirtschaftet. Ein Schulbeispiel für den nicht auszurottenden Bürokratismus mag folgen:

Das Hamburgische Quartieramt hat einem Soldaten, der am 17. März aus dem Heeresdienst entlassen ist, bis zu diesem Tage einschließlich seine 70 Pfg. Quartiergeld gezahlt. Bei einer Nachprüfung kommt ein schlauer Kopf auf den Gedanken, daß dem Mann nur bis zum 16. März diese 70 Pfg. zuzahlen. Darauf wird „eine Akte angelegt“ und eine furchtbare Schreiberei beginnt. Beamte werden hin- und hergeschickt. Juristen befragt (weil der Mann nicht zurückzahlen will), immer mehr Tinte und Papier verschwendet. Endlich — nach wochenlanger „Bearbeitung“ — kommt ein Beamter zum Truppenchef des Vereinfachen, um Auskunft einzuholen und erfährt dort, daß die 70 Pfg. auch noch für den 17. März „zuständig“ sind. Und mit einem Male ist Hamburg gerettet!

Ueber die Tatsache, daß wegen vermeintlicher Wehrzahlung von 70 Pfennigen mindestens 100 Mark Arbeitslohn und mindestens 2 Mark an Papier und Tinte ausgegeben sind, spricht aber niemand.

D. St. Bürokratismus!

### Leichtsinniger Umgang mit Schießgewehren.

Folgendes beobachtete ich in der Hochbahnhaltestelle Christuskirche am 14. Oktober, abends gegen 7 1/2 Uhr: Vier Mann der Einwohnerwehr mit Gewehren wurden von dem Hochbahnbeamten aufgefordert, ihre Gewehre zu entladen. Die Leute kamen der Aufforderung auch nach, jedoch ging einem Manne infolge Unkenntnis der Mechanik des Gewehres ein Schuß los, der sich in die Asphaltbede des Fußbodens bohrte. Wäre der Boden aus Stein gewesen, so hätte eventuell das Geschloß abprallen und ein größeres Unglück passieren können. Die Verletzungen, welche durch Durchschläger entstehen können, sind wohl noch in guter Erinnerung. Warum laufen in Hamburg „Männer“ herum, welche für die Sicherheit sorgen sollen, aber noch nicht einmal das Laden und Entladen des Gewehrs verstehen? Also, Einwohnerwehr, entweder Holzgewehre oder... lernt mit Gewehren umgehen!

## Altona und Umgebung.

### Vom Religionsunterricht.

Das elende Schulkompromiß, das die Rechtssozialisten mit dem Zentrum geschlossen haben, hat neben anderem verbunden, daß endlich die alte Forderung der Sozialdemokratie, die Trennung von Schule und Kirche erfüllt wurde. So wird auch künftig der Religionsunterricht einen breiten Raum im Lehrplan einnehmen, werden auch künftig den Kindern Gesangbuch- und Bibelverse eingeprägt werden. Den Arbeiterkindern, die in den meisten Fällen im Hause in freigeistlichem Sinne erzogen werden, wird die biblische Geschichte als unmenschliche Wahrheit verhandelt und so ein unheilvoller Gegensatz zwischen Schule und Elternhaus erzeugt, der ungünstig auf die seelische Entwicklung des Kindes einwirkt. Der einzige Weg, der den Eltern augenblicklich offensteht, ist der, ihre Kinder vom Religionsunterricht befreien zu lassen. Es genügt eine einfache Erklärung der Eltern an den Rektor der Schule, daß das Kind nicht mehr am Religionsunterricht teilnehmen soll. Neuerdings bestimmte eine Verordnung des Kultusministers Hamisch, daß diese Erklärungen nur zum Beginn eines Semesters abgegeben werden könnten, doch ist dieser Erlass wieder zurückgezogen worden, so daß die Befreiung

vom Religionsunterricht zu jeder Zeit verlangt werden kann. Alle freigeistig gesinnten Eltern sollten ungefährdet und ausnahmslos von diesem Recht Gebrauch machen, einmal, um ihre Kinder vor schweren Gewissenskonflikten zu bewahren und zum andern, um auf diese Weise gegen den verstaubten Religionsunterricht energischen Protest zu erheben.

Der Zentralverband proletarischer Freidenker hat sich, wie wir schon am Sonntag mitteilen, bereit erklärt, bei genügender Beteiligung (20 bis 25 Kinder) für über zwölf Jahre alte Kinder als Ersatz für den Religionsunterricht auch in Altona einen Sitten- und Moralunterricht einzurichten. Meldungen nehmen die Genossen Nieper, Meynspassage 2, und Kaiser, Unzerstraße 11, entgegen.

### Langensfelde.

Die Reichswehr auf dem „Kriegspfade“. Ort der Handlung: Langensfelde, 11 1/2 Uhr nachts. Tiefe Stille. Doch hört, von der Hamburger Grenze naht ein Zug Reichswehrtruppen, 30 Mann stark, unter Führung eines jugendlichen Leutnants. Alle bis an die Zähne bewaffnet. Kommandorufe erschallen. Das Ganze hält kurze Beratung der Führer. Es erfolgt Absperrung der Hauptstraße. Maschinengewehre werden in Stellung gebracht und schußfertig gemacht. Blendlaternen blitzen auf. Endlich sieht man, wie der Befehlshaber vor einem Zielobjekt stehen bleibt. Man raunt sich geheimnisvoll zu: Ja, hier muß es sein! Die Gesichter zucken vor Erregung. Mit Todesverachtung wird der Deckel des Schatzes angehoben und mit größtem Eifer geht es in die Tiefe. Nach kurzer Zeit erscheinen die Tapferen wieder, doch leider nichts gefunden. Es wird für notwendig befunden, einen Situationsplan von Langensfelde zu beschaffen, welcher auch sofort per Kraftwagen von Hamburg geholt wird. Die Beratung wird fortgesetzt. Es stellt sich jetzt heraus, daß ein Junge ein Waffenlager angeblich gesehen hat. Der Junge wird aus dem Schloß gerufen und zur Stelle geführt. Feinlichste Vernehmung desselben wird eingeleitet. Erfolg gleich Null. Der Junge behauptet nach wie vor, das Waffenlager sei in einem Schacht. Sein Spielkamerad könne dieses bezeugen. Auch dieser Kronzeuge soll geholt werden.

Nach einer Stunde erscheint er und die Erregung der Befehlshaber wird größer. Jeder ahnt, daß jetzt die Entscheidung naht und sie kommt auch... Der zuletzt geholt Junge geht auf seinen Freund zu und sagt in aller Gemütsruhe: „Hein, du lächst, du hast träumt. Ist kein ja in dem Schacht bloß ein Lustgewehr vergraben.“ (Tableau.) Um 3 Uhr kein Kampfschloß mehr. Langensfelde liegt im tiefsten Schlafe und kann weiter schlafen.

### Gießfeld.

Verkauf von Bricketts am Dienstag und Mittwoch von 8 bis 5 Uhr bei Herrn Holbock, auf Kohlen-Str. 26-325 am Dienstag, auf Kohlen-Str. 326-625 am Mittwoch.

Kartoffeln zum Einnehmen Luruperstr. 16, per Zentner 13 Mt.

Ausgabe von Lichtern auf Petrokumkarte bei Herrn Scheuer, Kleberstraße. Für Wohnungen 10 Lichte und für einzelne Stuben 5 Lichte.

## Gewerkchaftliches.

### Feinmechaniker und verwandte Berufe.

Außerordentliche Mitgliederversammlung am 14. Oktober bei Hans. Kollege Petersen gibt den Bericht über den Stand unserer Lohnbewegung. Trotzdem die Unternehmer eingangs erklärten, auf der Basis unserer Vorschläge nicht zu verhandeln, bequemen sie sich doch zu einer unerbittlichen Aussprache. Das Verlesen der Gegenanträge der Unternehmer löste lebhafteste Proteste in der Versammlung aus. Die Unternehmer machen weitere Verhandlungen von der Frage einer Bezeichnung der Arbeitsarbeit abhängig. Anschließend berichtete Petersen über die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss bezüglich der Entschuldigsumme. Die Arbeitgebervertreter waren zur Sitzung nicht erschienen, so daß unter Strafandrohung eine zweite Sitzung anberaumt werden mußte. Kollege Dube präziserte den Bericht Petersens dahin, daß die Diskussion sich um die Frage zu drehen hat, ob die Verhandlungskommission bei weiteren Verhandlungen die Arbeitsfrage mit erörtern kann. Kollege Thormann spricht sich für die Akkordarbeit aus, desgleichen die Kollegen Krummel, Bassow, Ballin und Kaiser. Kollege Franz untersucht die Ursachen, die wieder zur Akkordarbeit treiben. Gegen die Akkordarbeit sprechen die Kollegen Ohlrich, Keller und Wehdeker. In seinem Schlusswort wendet sich Kollege Petersen gegen die Gegner des Akkordes und empfiehlt der Versammlung, der Verhandlungskommission das Mandat mit auf den Weg zu geben, über die Akkordfrage zu sprechen. Bei der Abstimmung entscheidet die Versammlung gegen einige Stimmen zugunsten des Vorschlages von Petersen. Kollege Krummel weist auf die Betriebsratsstufe hin und fordert die Kollegen zur Teilnahme auf. Kollege Baechl berichtet über das Ergebnis der Keller- und Lichtenversammlung zur Konzeption für den Kollegen Karl Jorbach und spricht den Kollegen den Dank aus. Hierauf Schluß der Versammlung.

### Maschinen und Heizer, Sektion Baummaschinen.

Versammlung am 5. Oktober bei Böttcher. Kollege Engshusen bringt zur Kenntnis, daß Kollege Baumgarten uns sein Mandat als Sektionsleiter wegen Mangel an Zeit zur Verfügung gestellt hat; ebenfalls der Schriftführer Sperling. Kollege Engshusen wird als Sektionsleiter gewählt, die Wahl des Schriftführers und Vertreters wird zurückgestellt. Die Versammlung nahm Stellung zu den Persönlichkeitsverletzungen der Unionisten. Nach einer lebhaften Debatte wurde beantragt, nicht mehr mit Unionisten zusammenzuarbeiten. Da aber in dem jetzt bestehenden Tarifvertrag noch einige Unklarheiten bestehen, wurde dieser Antrag bis zur nächsten Versammlung vertagt. Nach einigen anerkennenden Worten des Leiters, für das Zusammenhalten unseres Verbandes zu sorgen, fand Schluß der Versammlung statt.

### Einischer.

Versammlung am 10. Oktober im Gewerkschaftshaus. Das Andenken des verstorbenen Kollegen Heinrich Lutz wurde in üblicher Weise geehrt. Der Vorsitzende machte bekannt, daß unser Lohnarif vom Bund der Steinhauser- und Steinhewermeister von Hamburg, Altona und Umgebung zum 1. Januar 1920 gekündigt ist. Den Bericht über die Verhandlung mit der Straßenbahn-Gesellschaft gab G. O. Meyer. Er erörterte den Lohn- und Arbeitsarif für die bei der Straßenbahn beschäftigten Kollegen, worauf die Ver-

sammlung ihre Zustimmung gab. Schüll führte dann zur Ueberlandarbeit folgendes aus: Das zwölf-Millionen-Projekt in Vierlanden sowie weitere größere Arbeiten außer der Stadtlinie bringen es mit sich, daß unser Arbeitsgebiet mehr nach auswärts verlegt wird. Es wäre nun an der Zeit, unser Tarifgebiet weiter auszudehnen und auch die Ueberlandarbeit mit in den Tarif aufzunehmen. Beschlossen wurde, daß die Vorstände sich noch eingehend mit dieser Frage beschäftigen sollen. Der Vorsitzende machte dann die Kollegen darauf aufmerksam, daß die Betriebsräte gewählt werden müßten und die hierzu vom Gewerkschaftsamt herausgegebenen Formulare baldigst und ordnungsgemäß an dasselbe abgeliefert werden müßten. Die nächsten Versammlungen sind jeden zweiten Freitag im Monat, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Eine Betriebsversammlung der Mend u. Hambrodt G. m. b. H. am 13. Oktober beschäftigte sich mit dem Teilschiedspruch und der am Sonntag, 12. Oktober, stattgefundenen Versammlung der Betriebsräte und Delegierten des Deutschen Metallarbeiterverbandes (Landbetriebe). Es wurde nach eingehender Aussprache folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 13. Oktober tagende Betriebsversammlung der Mend u. Hambrodt G. m. b. H. nimmt mit Erstaunen Kenntnis von den Beschlüssen der Betriebsräte und Delegiertenversammlung vom 12. Oktober in Buns Gesellschaftshaus. Sie spricht den Betriebsräten und Delegierten das Recht ab, in Fragen von so weitgehender Bedeutung über die Kollegen hinweg entscheiden zu können. In der Nichtveröffentlichung des Schiedspruchs sieht die Versammlung den Versuch, die freie Meinungsäußerung der Kollegen zu unterbinden. Weiter verlangen die Versammelten, daß die Verhandlungskommission bei Beigerung der Unternehmer, die Wirtschaftsbetriebe zu zahlen, es ablehnt, über die Stücklohnfrage zu verhandeln. Einen Tarif, der die Wirtschaftsbetriebe nicht bringt, erklärt die Versammlung schon jetzt für unannehmbar. Betriebsrat Mend u. Hambrodt. F. K. Krenz, Schriftführer.“

### Der Bundesgenosse der Unternehmer.

Herr Schliche, eine der Spitzen der Gewerkschaftsbürokratie, jetzt Reichsarbeitsminister, fällt mitten im Kampfe den Berliner Metallarbeitern, die sich gegen den Abbau der Löhne wehren, in den Rücken. Der schlimme Verrat, den ein Arbeiterführer begehen kann, im Kampfe zwischen Unternehmern und Arbeitern auf die Seite der Unternehmer zu treten, wird von ihm geübt. In der Zeitschrift „Der Firm“ veröffentlicht Schliche einen Artikel über den Kampf in der Berliner Metallindustrie. In diesem Artikel versucht er darzulegen, daß die Berliner Metallarbeiter keinen Anlaß zum Streik gehabt hätten und daß der Streik nicht gerechtfertigt sei.

Im selben Augenblick, wo die Berliner Gewerkschaftskommission, wo die Generalkommission der Gewerkschaften die Arbeiter zur Solidarität aufruft, liefert Schliche den Unternehmern Waffen gegen die Arbeiter. Die bürgerliche Presse stürzt sich auf Schliches Artikel, die „Vossische Zig.“ hat ihm eine ganze Spalte gewidmet. Mit Eugen Cank der die Soldaten gegen die Streikenden mobilisiert, arbeitet Schliche Hand in Hand für die Unternehmer.

Die Arbeiterkassette lernt bei der Gelegenheit des großen Berliner Wirtschaftskampfes das Wesen der rechtssozialistischen Regierungspolitik kennen. Die Politik der Gewerkschaftsbürokratie, die sich gegen die Arbeiter richtet, wird hier in verklärter Form fortgesetzt. Was hat nun die Arbeiterschaft von diesem Reichsarbeitsminister zu erwarten? Die Regierung will — wie aus allen Gelesen hervorgeht — die Koalitionsfreiheit einschränken, indem sie gegen alle „nicht berechtigten“ Streiks einschreiten oder sie verbieten will. Wird es nach der Ansicht dieser Regierung überhaupt noch einen berechtigten Streik geben, wenn der Reichsarbeitsminister selbst die Berechtigung des Abwehrstreiks der Berliner Metallarbeiter gegen den Versuch des Lohnabbaus befreit?

### Gegen die Gewerkschaftszersplitterung.

Der Vorstand des Leipziger Gewerkschaftsartikels erklärt in einem Rundschreiben:

„In einigen Orten ist nach Zeitungsmeldungen eine Agitation im Gange, um die Gewerkschaftsmitglieder zum Austritt aus den Gewerkschaften zu bewegen. Wenn sich in Leipzig derartige Anzeichen bemerkbar machen, bitten wir die Gewerkschaftsleitungen, mit aller Energie dagegen einzuschreiten. Jeder Arbeiter, der die Organisationsmöglichkeit besitzt, muß seiner zuständigen Gewerkschaft angehören, sonst muß er als Unorganischer betrachtet und behandelt werden. Wir erziehen in vorstehenden Fällen um Mitteilung.“

## Kleine Vereinsnachrichten.

### Freie proletarische Jugend von Groß-Hamburg.

Sammerbrook. 22. Oktober: Vortrag.  
Barmbeck. 22. Oktober: Aussprache.  
Uhlenhorst. 22. Oktober: Vortrag. 26. Oktober, 9 Uhr vorm.: Agitation; nachm. 2 Uhr: Außenspiele am Borgweg; abends 7 Uhr: Sturmabend.  
Eimsbüttel I. 22. Oktober: Vortrag. 26. Oktober, vormittags: Kunstwerbschau; abends: Winterabend.  
Eimsbüttel II. 22. Oktober: Aufsahabend. 26. Oktober, morgens: Kunsthalle; abends: Vorlesung.  
Eimsbüttel III. 22. Oktober: Vortrag. 26. Oktober, nachmittags: Spiele; abends: Regenabend.  
Eimsbüttel, 18-jährigen-Abteilung. 23. Oktober: Vortrag. 26. Oktober: Museumsbesuch.  
Eppendorf. 22. Oktober: Vortrag. 29. Oktober, morgens: Agitation; nachmittags: Außenspiele Lärpenbeck.  
Ottensen. 22. Oktober: Vortrag. 29. Oktober, nachmittags 2 Uhr: Treffen am Altonaer Hauptbahnhof.  
Nächste Delegiertenversammlung am Dienstag, 21. Oktober, bei Strud, Fruchtallee 70 (Eimsbüttel).

Artikel für Arbeiterbildung, Sport und Körperpflege. Die zu Mittwoch, 8. Oktober, einberufene Sitzung konnte unständlicher nicht stattfinden. Wegen außerordentlich wichtiger Angelegenheiten muß diese Sitzung am Mittwoch, 22. Oktober, abends 7 Uhr, im Hause Sr. Theaterstraße Nr. 44, 1. St., nachgeholt werden. Außerdem werden die Vereine ersucht, eine nochmalige Abrechnung über ihren Vereins- und Kassenbestand in untadelhafter Auffstellung zwecks Klärung an die Bürgerschaft mitzubringen. An alle Angestellten und Arbeiter in Betriebsbetrieben. Die auf Mittwoch, 22. Oktober, angelegte Versammlung findet wegen der Vollstunde nicht statt. Der Vorstand der Angestellten- und Arbeiterausschüsse des 9. Armecorps.